

(A)

Beginn: 10.06 Uhr

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen, der 117. Sitzung des Landtags und sage Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Ich begrüße auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ihren Geburtstag feiern heute die Herren Abgeordneten Hans Rohe und Wilfried Kramps von der Fraktion der SPD. Beiden Herren darf ich im Namen des Hohen Hauses sehr herzlich gratulieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich zunächst gemäß § 40 unserer Geschäftsordnung zwei Änderungen der Tagesordnung beschließen lassen.

(B)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, ihren Antrag Drucksache 11/6354 - Tagesordnungspunkt 8 - zum Thema "Aufbau eines Stickstoff-Emissionskatasters" für heute von der Tagesordnung abzusetzen und diesen in die Januar-Plenarsitzungen aufzunehmen. Sind Sie damit einverstanden? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ebenfalls soll Punkt 10 - Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes, des Schulpflichtgesetzes und des Ersatzschulfinanzgesetzes - heute von der Tagesordnung abgesetzt werden, weil sich die Fraktionen einig sind, daß sie hierzu noch einen Änderungsantrag einbringen möchten. Auch dazu frage ich, ob Sie einverstanden sind, daß wir Punkt 10 von der Tagesordnung absetzen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist auch das so beschlossen.

Wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Punkt 1:

(C)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 11/6322

Beschlußempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 11/6400 bis 11/6416

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 11/6420

dritte Lesung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1993 bis 1997

(D)

Unterrichtung
durch die Landesregierung
zur Beratung
Drucksache 11/5901

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 11/6421

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1994 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1994

(Präsidentin Friebe)

(A)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/5902

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 11/6322

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 11/6417

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 11/6422

dritte Lesung

Ich verweise weiter auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6496 und die Entschließungsanträge, die Ihnen vorliegen.

Der Entschließungsantrag Drucksache 11/6329 wurde ursprünglich von der Fraktion der SPD eingebracht. Die Fraktion der CDU hat sich diesem Antrag angeschlossen, so daß Ihnen nunmehr dieser Entschließungsantrag als Neudruck vorliegt.

(B)

Die Abstimmung über alle Entschließungsanträge erfolgt nach Verabschiedung des Haushalts.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung zur dritten Lesung und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in unserem Lande Nordrhein-Westfalen tiefgreifende Probleme. Wir haben die wohl schwerste Strukturkrise der Nachkriegszeit. Wir haben so viele Arbeitslose wie nie zuvor. Wir haben Wohnungsnot. Und wir haben einen erschreckenden Zuwachs an Kriminalität und Gewalt in unserer Gesellschaft.

In solch schwierigen Zeiten erwarten die Menschen von der Politik klare Vorgaben. Auch die Demokratie, ebenso unser Land Nordrhein-Westfalen, braucht politische Führung.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Henning [SPD]: Sehr wahr!)

Und politische Führung heißt: die Richtung angeben, auch mal ein Stück weit vorangehen, Herr Ministerpräsident, und dafür mutig um Zustimmung werben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Ich bin überzeugt: Es besteht ein Bedürfnis nach Orientierung. Die Menschen wollen geistige Führung und politische Autorität.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Bravo!)

Die Menschen wollen vor allem eins von dieser Landesregierung: Sie wollen endlich mit ihren Sorgen ernst genommen werden. Nichts braucht das Land notwendiger als eine entschlossene Führung.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Sagen Sie das Ihrem Kanzler in Bonn!)

(D)

Statt dessen erleben wir von der SPD-geführten Landesregierung Führungsschwäche, wohin man blickt.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Ach du liebe Zeit!)

Probleme werden nur noch zerredet und nicht gelöst.

(Beifall bei der CDU)

Halbherzigkeit ist das Etikett dieser Landesregierung und ihrer Akteure.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Erwachen Sie aus Ihrem Traum!)

Nach wie vor, meine Damen und Herren, gilt die Diagnose, die der "Spiegel" bereits 1991 stellte:

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Nach einem Vierteljahrhundert an der Regierung haben die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen abgewirtschaftet.

(Beifall bei der CDU)

Der "Spiegel" weiter wörtlich:

In Partei und Kabinett zeigen sich schwere Zerfallserscheinungen. Die Regierungszentrale des Ministerpräsidenten Johannes Rau produziert vorwiegend Leerlauf.

Alles wörtliche Zitate!

In den Ministerien regiert der Genosse Kuddelmuddel. Entscheidungsschwäche allerorten. Es herrscht das Diktat des unteren Mittelmaßes.

(Beifall bei der CDU)

Über Karrieren entscheidet "meist das Parteibuch oder die gute Bekanntschaft".

So weit der "Spiegel".

(B) Führungslos schlingert das nordrhein-westfälische Regierungsschiff auf Skandalkurs. In Düsseldorf häufen sich die politischen Affären und Untersuchungsausschüsse.

(Zuruf von der SPD)

"Pleiten, Pannen, Filz und Vetternwirtschaft" könnte die Überschrift der Skandalchronik dieser Legislaturperiode lauten.

(Beifall bei der CDU)

Man muß sich schon vor Augen halten, welche unglaubliche Geschichte von Filz, Eigennutz und Unfähigkeit die Skandalchronik dieser Landesregierung ausmacht:

Da kauft der Finanzminister ein 20-Millionen-DM-Grundstück in seinem eigenen Oberhausener Wahlkreis von der Thyssen AG, in der er höchstselbst im

(C)

Aufsichtsrat sitzt, und verkauft es sofort weiter an die Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen, die zu einem Drittel dem Land und zu einem Drittel der WestLB gehört, in der der Finanzminister wiederum als Verwaltungsratsvorsitzender fungiert. Beurkundet wird der doppelte Millionen-Deal von dem Notar Heinemann. Dieser ist zwar kein Vetter, aber immerhin ein Onkel unseres Ministerpräsidenten.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Mein Gott!
- Beifall bei der CDU)

Da bewilligt der Sozialminister zwei ihm nahestehenden Privatdozenten mal eben 26 Millionen DM zum Aufbau eines privaten Forschungszentrums, während die Universitäten selbst bei dringenden Forschungsvorhaben jede Mark zweimal umdrehen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei kümmert es ihn keinen Deut, daß selbst seine Ministerkollegin Brunn vom Wissenschaftsministerium die Seriosität des von ihm geförderten Projektes anzweifelt.

Da startet der Umweltminister ohne Zustimmung des Parlaments just zur Wahlkampfzeit für 5 Millionen DM eine Anti-Müll-Anzeigenkampagne, die letztendlich der reinen Selbstdarstellung dient.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Da läßt der gleiche Umweltminister alarmierende Werte über den viel zu hohen Dioxin-Ausstoß der Westfalenhütte in Dortmund einfach erst einmal in der Versenkung verschwinden.

Erst sieben Monate später, als ihm die Öffentlichkeit durch Zufall auf die Schliche kommt, trifft er die Entscheidungen zum Schutz der Gesundheit der Menschen.

Da sagt der Innenminister seinem Parteigenossen, dem Bürgermeister von Herne, bei dessen Geburtstagsparty zu, die bereits in Attendorn bestehende Fortbildungsakademie des Landes nach Herne zu verlegen, und plant auch gleich einen Prunkbau für

(A) (Dr. Linssen [CDU])

70 Millionen DM. Gleichzeitig beklagt er, wegen der knappen Haushaltslage keine zusätzlichen Polizisten zum Schutze unserer Bürger einstellen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Da werden auch andere Minister vom Bauwahn erfaßt, so der Umweltminister, der für eine neue Umweltzentrale in Essen soeben mal 50 Millionen DM veranschlagt, und die Bauministerin, die für eine eigene Fortbildungseinrichtung in Gelsenkirchen 10 Millionen DM ausgeben will.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Da macht jeder, was er will!)

Wie, Herr Ministerpräsident, verträgt sich das mit Ihrem Appell, zu Bescheidenheit zurückzufinden?

(Beifall bei der CDU)

Da fungiert ein SPD-Landtagsabgeordneter als geschäftsführender Vorsitzender eines gemeinnützigen Vereins zur Förderung von Aussiedlern und streicht Jahr für Jahr mehr als 50 000 DM und damit fast die Hälfte der vom Land gewährten Fördermittel als Geschäftsführergehalt ein.

(B) (Abgeordneter Schauerte [CDU]: Selbstbedienung nennt man das!)

Da interveniert ein Staatssekretär massiv gegen die Justizbehörden, weil diese wegen einer Strafsache völlig zu Recht gegen dessen Sohn ermitteln.

Da wird derselbe Staatssekretär wegen Betrugs und Beleidigung verurteilt, ohne daß gegen ihn disziplinarrechtliche Maßnahmen eingeleitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Da läßt die Wohnungsbauministerin Bedienstete des Landes der SPD-Landtagsfraktion zuarbeiten, obwohl der Ministerpräsident die Selbstverständlichkeit verkündet hat - ich zitiere -:

Die Landesbediensteten dürfen im Dienst für Fraktionen, Parteien und Verbände nicht tätig

werden, also für diese keine Redeentwürfe, Anträge und politischen Papiere erarbeiten.

Da schreibt dieselbe Wohnungsbauministerin ein Grußwort für die Werbeschrift einer Immobilienfirma, die dann zufälligerweise gleich auch eine 10 000-DM-Wahlkampfspende an die SPD überweist.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Da wird die Ehefrau des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium mal eben so ohne Ausschreibung zur hochdotierten Geschäftsführerin der Landesentwicklungsgesellschaft ernannt. Gleichzeitig wird ihr ein Rückkehrticket in ihren bisherigen Job garantiert.

Da wird ein verdienter Genosse und Hauptschulrektor flugs zum Geschäftsführer des riesigen Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr ernannt. Der Mann besitzt wenigstens die Einsicht, schon nach sechs Monaten wegen totaler Überforderung den Hut zu nehmen.

(Abgeordneter Jaax [SPD]: Wo ist die Landesregierung?)

Aber nicht nur bei dem Thema Filz,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Auch Trambalski!)

auch - wie zum Beweis der eigenen Unfähigkeit - haben die Mitglieder der Landesregierung eine beeindruckende Bilanz an Mißerfolgen aufzuweisen:

Da muß sich der Schulminister erst vom Landesrechnungshof darauf hinweisen lassen, daß er in seinem Geschäftsbereich ein Landesinstitut hat, in dem sich ohne Stellenzuweisung Hunderte von freigestellten Lehrern am grünen Tisch mit Schule und Modellversuchen befassen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Institut herrscht, wenn man dem Landesrechnungshof glaubt, seit Jahren reines Chaos: Es gibt weder feste Arbeitspläne noch irgendeinen Stellenplan. Selbst einen bereits seit zehn Jahren angemahnten Geschäftsverteilungsplan kann die Institutsleitung

(C)

(D)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

nicht vorlegen. Aufgeschreckt durch den Landesrechnungshof, fahndet die Institutsleitung seither - bislang vergebens - nach einer Vielzahl von Computern und anderem technischen Gerät, das für teures Geld angeschafft worden und jetzt spurlos verschwunden ist.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Jetzt finden sie es!)

Da schafft es der Verkehrsminister nach wie vor nicht, irgendein Konzept zur Bekämpfung des drohenden Verkehrsinfarktes vorzulegen. Nach jahrelanger Blockade neuer Straßenbauvorhaben - ich nenne nur das Stichwort "Zöpel" - und sträflicher Vernachlässigung des öffentlichen Nahverkehrs fällt dem Minister tatsächlich nichts anderes ein, als dem Bund die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben. Aus Schnellwegen sind in Nordrhein-Westfalen längst Standspuren geworden.

Da hat es die Wissenschaftsministerin dieses Landes nach jahrelangem hilflosem Herumdoktern so weit gebracht, daß Nordrhein-Westfalen beim Vergleich des Verhältnisses von Professoren zu Studenten bundesweit deutlich abgeschlagen das Schlußlicht bildet.

(Ministerin Brunn: Stimmt doch überhaupt nicht!)

(B)

Da bringt es der Innenminister fertig, durch eine falsch angepackte Neuorganisation unsere Polizei jahrelang in Atem zu halten. Die Schlagkraft der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung wird hierdurch entscheidend geschwächt.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Schnoor: Welch ein Unsinn!)

Da muß sich der Sozialminister in der Öffentlichkeit vorrechnen lassen, daß sein Ministerium nicht in der Lage ist, die Elternbeiträge für Kindergärten richtig zu kalkulieren.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Rechnen konnten die noch nie!)

Ergebnis: ein Haushaltsloch in Höhe von 225 Millionen DM!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Rechnen konnten die noch nie!)

Kommentar im WDR: "Mit solchen anfängerhaften Fehlern hat man es mittlerweile zu tun."

Da läßt die Staatskanzlei zum Zwecke der Eigenwerbung Broschüren mit der Überschrift "Wort gehalten in schwieriger Zeit" zum Stückpreis von über hundert Mark drucken, ohne daß es dafür nennenswerte Interessenten gibt. Von den über 15 000 gedruckten Exemplaren sind bisher nur rund 1 300 abgerufen, obwohl die Landesregierung die Broschüren in teuren Zeitungsanzeigen gratis angeboten hat.

Meine Damen und Herren, die Aufzählung von Genossenfilz und Unfähigkeit, von Dilettantismus, Fehlern, Pleiten und Pannen der Landesregierung ließe sich beliebig fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

All das wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Zustand der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen.

(Lachen bei der SPD - Abgeordneter Henning [SPD]: Weiter so, Deutschland!)

(D)

Eine solche Landesregierung konnte sich unsere Bevölkerung allenfalls noch in Schönwetterzeiten leisten, als eine stabile Hochkonjunktur mit hohem Steueraufkommen alle Fehler bezahlbar und folgenlos machte. Wie es aber jetzt weitergehen soll, ist nicht erkennbar. Sicher ist nur eines: Der nächste Skandal kommt ganz bestimmt!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Darum will Herr Rau ja jetzt auch weg!)

Der Ministerpräsident schaut dem Treiben anscheinend teilnahmslos zu. Die Öffentlichkeit erlebt einen Regierungschef in der passiven Rolle des Beobachters, der - ich zitiere den "Spiegel" - "wie immer die Position eines Moderators einnimmt, der nicht festgelegt ist" und "der es meisterlich versteht", so die Westfälischen Nachrichten, "Entscheidungsschwäche

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

und Wegtauchen in schwierigen Situationen als Dialogtugend darzustellen".

(Beifall bei der CDU)

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung bezeichnet Ihren Politikstil, Herr Ministerpräsident, als, so wörtlich, "qualvollen Politikstil", zumal dieser Stil "in Zeiten knapper Mittel und verschärfter Verteilungskämpfe an Grenzen stößt".

Meine Damen und Herren, dies hat auch der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Professor Friedhelm Farthmann, erkannt, der seinem Regierungschef - ich zitiere wörtlich - ins Stammbuch schreibt:

Aber jetzt beginnt eine neue Zeitrechnung. Durch die Entwicklung in der Welt und auch durch eigene Politik sind wir jetzt an einem Punkt, wo die bisherigen Rezepte nicht helfen werden. Mit den Methoden der großen Zuwendungsapostel geht das nicht. Das ist zwar auch wichtig, aber am Ende müssen Entscheidungen getroffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wen mag er damit wohl gemeint haben, Herr Ministerpräsident?

(B)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: An wen hat er wohl gedacht?)

Herr Farthmann, ich bin mir ziemlich sicher, daß Sie es hier in Nordrhein-Westfalen nicht mehr schaffen werden, Ihren laut WDR "großen Schönwettermoderator Rau" zu einem wirklich handelnden Regierungschef umzuerziehen. Geradezu typisch ist doch wieder ein Satz, den der Ministerpräsident kürzlich bei einer Veranstaltung der SPD in Düsseldorf unter dem Motto "NRW 2000 plus - Welche Zukunft hat Nordrhein-Westfalen?"

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

von sich gegeben hat, der wörtlich lautet:

So dringend wie bisher kaum in der Geschichte der Bundesrepublik brauchen wir heute Signale der Hoffnung.

Herr Ministerpräsident, wir brauchen weniger Signale der Hoffnung. Was wir brauchen, das sind eindeutige Signale des Handelns und Signale überzeugender Kompetenz zur Krisenbewältigung.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Typisch für Ihre Konzeptionslosigkeit bei der Krisenbewältigung ist jedoch, wie Sie derzeit mit den Problemen der Stahlindustrie umgehen. Da sprechen Sie zunächst mit wohlklingenden Worten von möglichen Bürgschaften und Zinsbeihilfen für die Stahlindustrie des Landes, damit diese im internationalen und nationalen Subventionswettbewerb nicht untergeht.

Tags darauf müssen Sie sich dann aber von Ihrem Finanzminister belehren lassen, daß für zusätzliche Ausgaben kein Geld in der Kasse ist. Ihr Wirtschaftsminister muß Ihnen beibringen, daß bei Sonderhilfen für die Stahlindustrie auch andere Problembranchen die Hilfe der Landesregierung beanspruchen könnten.

Die Fernsehkameras waren natürlich wieder einmal bestellt und dabei, als Sie die Vorstandsvorsitzenden von Krupp-Hoesch und Thyssen sonntäglich zu sich kommen ließen, von Zinssubventionen inzwischen nichts mehr wissen wollten und einen Appell an die Herren richteten, alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuschöpfen.

(D)

Herr Ministerpräsident, ich appelliere an Sie: Lassen Sie in Zukunft solche Showeinlagen!

(Beifall bei der CDU)

Wecken Sie keine falschen Hoffnungen, die Sie später nicht einhalten können!

(Minister Clement: Warten Sie doch einmal ab, Herr Dr. Linssen!)

Politik zu machen bedeutet mehr, als Interessenvertreter zum Gespräch zu bitten

(Minister Clement: Richtig!)

und abzuwarten, was dabei herauskommt.

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

Politik, Herr Ministerpräsident, ist ein Gestaltungsprinzip, kein Abwarteprinzip.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Henning [SPD]: Welch eine Erkenntnis!)

Eine Vision, wie Landespolitik nach der Einheit und nach dem Ende der fetten Jahre im Westen in das nächste Jahrtausend gehen soll, ist weder von der Landesregierung

(Zuruf von der SPD: Noch von der Bundesregierung!)

noch von der SPD in Nordrhein-Westfalen zu erkennen. Herr Ministerpräsident; dazu reichen auch nicht die ständigen Schuldzuweisungen an Bonn.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung begnügt sich damit, Sachwalter des Mangels zu sein. Sie und Ihr Kabinett verkörpern keine bessere Zukunft.

Ganz gleich, ob in der Diskussion um die Pflegeversicherung, ob in der Diskussion um neue Arbeitsmodelle, ob in der Diskussion um die Asylrechtsänderung und die Kriminalitätsbekämpfung, ob in der Wertediskussion, ganz gleich ob in der Diskussion um eine regionalisierte Wirtschaftsförderung, ob in der Frage einer grundlegenden Bildungsreform, der Reform unserer Kommunalverfassung oder in der Energie-debatte: Von der nordrhein-westfälischen SPD gingen weder für die Landes- noch für die Bundespolitik die entscheidenden Denkanstöße aus!

(B)

(Beifall bei der CDU)

In der Regel ergriff die SPD immer erst dann das Wort, wenn es nichts mehr zu sagen gab und die CDU in NRW bereits zukunftsweisende Konzepte vorgelegt hatte.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Das in den 80er Jahren bei der Bundes-SPD geprägte Bild von der "nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion der SPD-Betonköpfe" - das ist Originalton Ba-

racke -, die das nachvollziehen, was andere zuvor politisch ausgefochten haben,

(Abgeordneter Steinkühler [SPD]: Besser Beton als Schwachsinn!)

ist aktueller denn je. Ein Mann trägt dafür wesentlich die politische Verantwortung: Johannes Rau, seit 15 Jahren Ministerpräsident dieses Landes, seit 16 Jahren Vorsitzender dieser SPD-Landespartei und seit 11 Jahren stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD!

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der SPD)

Ein typisches Beispiel ist die Reform der Kommunalverfassung. Herr Ministerpräsident, die Art und Weise, in der Sie bis zuletzt den Menschen in unserem Lande das Recht verwehrt haben, den Bürgermeister in unmittelbarer Wahl selbst bestimmen zu können, beweist wieder einmal, daß Sie stets zum Jagen getragen werden müssen.

(Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.] und Tschöeltsch [F.D.P.]

Herr Ministerpräsident, ich erinnere mich noch daran, daß Sie in Ihrer Regierungserklärung vom 15. August 1990 das Jahr 1991 zum "Jahr der kommunalen Demokratie" ernannt haben. Ich fordere Sie auf: Kündigen Sie Demokratie nicht an, sondern verwirklichen Sie Demokratie! Wagen Sie mehr Demokratie - auch in unseren Städten und Gemeinden!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, nun beschwören Sie neuerdings in wohlgesetzten Worten die Rückkehr zur Glaubwürdigkeit. So schreiben Sie in einem Artikel in der Wochenzeitung Die Zeit:

Zur Glaubwürdigkeit der Politik gehören allerdings nicht nur Bescheidenheit und Ehrlichkeit. Dazu gehört auch, daß man die Probleme, die man lösen kann, auch löst.

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

Dazu zähle ich

- so Rau wörtlich -

etwa die Einführung einer Pflegeversicherung oder die Stabilisierung der Finanzen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Herr Ministerpräsident, wir werden das Verhalten der SPD bei der Abstimmung über die Pflegeversicherung an Ihren Worten messen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich mag nicht glauben, daß Nordrhein-Westfalen mit seiner Stimme im Bundesrat im Ernst die Pflegeversicherung an der Frage scheitern lassen wird, ob ein oder zwei Feiertage als Ausgleich für den Arbeitgeberbeitrag zur Pflegeversicherung notwendig sind.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Werden Sie es denn daran scheitern lassen?)

(B)

Selbst wenn das vorliegende Lösungsmodell zur Pflegeversicherung in Zeiten der Hochkonjunktur eine Überkompensation für den Arbeitgeber sein sollte, so ist es dies sicher nicht in Zeiten einer Wirtschaftsflaute. Und selbst wenn die Kompensation zur Entlastung der Betriebe etwas größer als nötig sein sollte

(Abgeordneter Henning [SPD]: Etwas größer?)

- übrigens sind alle Kompensationsberechnungen höchst umstritten -, ist es in der gegenwärtigen Situation auch ein Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wir haben, meine Damen und Herren, in ganz Deutschland insgesamt 1,6 Millionen Pflegebedürftige. Dies sind hauptsächlich gebrechliche alte Menschen, die auf die Hilfe ihrer Angehörigen angewiesen sind und mit großer Zuwendung versorgt werden. Allein in Nordrhein-Westfalen müssen über 250 000 Menschen zu Hause und in Heimen gepflegt werden.

Diese für die Betroffenen so wichtige Pflegeversicherung werden Sie, Herr Ministerpräsident, doch nicht mit den Stimmen der SPD-Landesregierung scheitern lassen! Wenn die Pflegeversicherung jetzt nicht kommt, scheitert ein Jahrhundertwerk. Ich fordere Sie, Herr Ministerpräsident, auf: Machen Sie wirklich Ernst mit dem von Ihnen so oft propagierten Schutz für die kleinen Leute.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Linssen, wollen Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Dr. Vesper zulassen?

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Nein, Herr Präsident, ich möchte im Zusammenhang vortragen.

Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Ministerpräsident. Haben Sie ein Herz für die Gebrechlichen in unserer Gesellschaft!

(Lachen des Ministerpräsidenten - Widerspruch des Ministers Clement)

Lassen Sie das soziale Gewissen über parteipolitisches Kalkül siegen.

(D)

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Büsow [SPD]: Was sollen denn solche Aussagen hier?)

Zur Stabilisierung der Landesfinanzen, Herr Ministerpräsident, hätten Sie in den vergangenen zehn Jahren einer in der deutschen Nachkriegsgeschichte einzigartigen Hochkonjunkturphase wirklich genug Zeit gehabt. Was nützt es heute, wenn der nordrhein-westfälische Finanzminister Heinz Schleußer in einem Interview mit den "Aachener Nachrichten" freimütig zugibt, in der Vergangenheit seien "so manches Mal politische Unebenheiten durch Geld beigeputzt worden". Dies sei angesichts der Sparzwänge für die öffentlichen Haushalte "für lange Zeit vorbei". - Darauf, meine Damen und Herren von der SPD, haben wir, die CDU, Sie Jahr für Jahr hingewiesen. Doch auf uns wollten Sie nicht hören.

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

(Beifall bei der CDU - Widerspruch des Abgeordneten Kern [SPD])

Mit der Begründung, daß in den zurückliegenden 25 Jahren Politik hauptsächlich dadurch gemacht worden sei, daß die ältere Politikergeneration der SPD mit vollen Händen Geld ausgegeben habe, hat der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Zöpel bereits zu Anfang dieses Jahres einen Kurswechsel in NRW gefordert. - Herr Ministerpräsident, Ihr Stellvertreter! Dieser Kurswechsel sei überfällig, und den könnten - so Zöpel - naturgemäß neue Köpfe innerlich eher vollziehen als diejenigen, die den bisherigen Stil des Geldausgebens schon lange gewohnt seien.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber wo haben die denn neue Köpfe?)

Politik, so Zöpel, müsse in der Zukunft eher auf Ideen setzen, nicht darauf, fiskalische Leistungen zu verteilen.

Das sehe ich genauso, Herr Ministerpräsident. Aber: Dies erfordert viel Kreativität. Was die nordrhein-westfälische SPD angeht, so sehe ich jedoch weder in der Regierung noch in der SPD-Landtagsfraktion irgendeine Spur von Kreativität.

(B)

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Champignon [SPD]: Das ist bei Ihnen ganz anders!)

Sie, Herr Ministerpräsident, und Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, sind bisher nichts anderes gewohnt, als das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen auszugeben.

(Beifall bei der CDU - Minister Clement: Das ist mir zu primitiv! - Der Minister verläßt den Saal.)

Denn wie sollten wir von der CDU es uns erklären, daß in diesen schwierigen Zeiten, in denen alle den Gürtel enger schnallen müssen, weder der Ministerpräsident, Johannes Rau, noch seine SPD-Minister bereit sind, auf eine Gehaltserhöhung zu verzichten?

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja!)

(C)

Wie anders ist es zu erklären, daß die SPD-Fraktion trotz der Empfehlung des SPD-Fraktionsvorstands, auf eine Diätenerhöhung zu verzichten,

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Da sieht man, wie sich Klein-Fritzchen die Politik vorstellt!)

versucht, durch die Hintertür eine Erhöhung der Diäten durchzusetzen, obwohl vorher eine Nullrunde angekündigt worden war?

(Beifall bei der CDU)

Zitat:

Keine Gehaltserhöhung für Minister ist ein Symbol. Und ich hoffe, es ist ein Symbol, das auch diejenigen, die ähnliche Einkommens- und Lebensverhältnisse haben, anspricht, damit nicht wieder der kleine Arbeitnehmer, der kleine Sozialhilfeempfänger die Rechnung zu zahlen hat.

Diese Worte, meine Damen und Herren, stammen vom Ministerpräsidenten,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schöne Worte!)

(D)

der die SPD zur "Partei der kleinen Leute" machen will. Er hat sie geäußert in einem Gespräch im WDR - allerdings im April vorigen Jahres.

(Ministerpräsident Dr. Rau: ... und auf die Gehaltserhöhung verzichtet!)

Ihre Worte vom vorigen Jahr zählen heute nicht mehr, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Und der Verzicht? Den Sie verschweigen!)

Mit solchem widersprüchlichen Verhalten gewinnen Sie für die Politik keine Glaubwürdigkeit zurück.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Abgeordneter Schultz [SPD]: Wissen Sie überhaupt, wie "Glaubwürdigkeit" geschrieben wird!)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Politik in Nordrhein-Westfalen kann nur noch unter dem Diktat der leeren Kassen stattfinden. Ende nächsten Jahres wird Nordrhein-Westfalen mit 123 Milliarden DM verschuldet sein. Das bedeutet über 8 Milliarden DM Zinsen pro Jahr, jede Stunde fast 1 Million DM an Zinsen.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Sagen Sie das Herrn Waigel!)

Als Ausweg aus der Misere ruft der Ministerpräsident dieses Landes für seine Partei unter dem Titel "NRW 2000 plus" zu einem Ideenwettbewerb und zu großen öffentlichen Diskussionen über die tatsächlichen Probleme des Landes und deren Bewältigung auf. Das ganze Projekt kostet die SPD 1 Million DM und soll darauf abzielen - wörtlich -, "die Politik zu politisieren".

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wenn Sie die brisante Lage unseres Landes angesichts einer Rekordarbeitslosigkeit von fast 740 000 Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen vor Augen haben - Monat für Monat gehen übrigens mindestens 13 000 Arbeitsplätze in unserem Land verloren -, dann müssen Sie doch wirklich genug politisiert sein, ja, Sie müssen geradezu elektrisiert sein.

(B) (Beifall bei der CDU)

Dennoch ist von Konzepten und Ideen von seiten der NRW-SPD nichts, aber auch rein gar nichts zu hören und zu sehen.

Im Namen der CDU-Landtagsfraktion kann ich daher nur erklären, was ich bereits für die Problembereiche Müllentsorgung und Verkehrspolitik angeboten habe: Wir sind bereit, unsere Ideen und Konzepte einzubringen und gerade die vor Ort schwierigen Entscheidungen mitzutragen, um den Standort Nordrhein-Westfalen wieder voranzubringen.

(Zurufe von der SPD)

Wir sind allerdings nicht bereit, die Verantwortung für die hiesige Arbeitslosigkeit zu übernehmen, die, wie Ihre Ministerin Anke Brunn unlängst im WDR bekannte, ein "Produkt des nicht erfolgten Struktur-

wandels" in Nordrhein-Westfalen ist. Frau Brunn wörtlich:

Es ist ja unsere Industriestruktur, die in Schwierigkeiten ist und die dazu führt, daß die Arbeitslosigkeit so steigt.

Wenn diese Landesregierung, Herr Ministerpräsident, beim Strukturwandel zu sehr auf "Beharrung" gesetzt hat, wie der Wirtschaftsminister dieses Landes eingesteht, dann sollte die nordrhein-westfälische SPD schleunigst von ihrer Innovations- und Technikfeindlichkeit Abstand nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Wer Kernkraft und Gentechnologie als Teufelswerk ablehnt und Chemieunternehmen als potentielle Umweltzerstörer betrachtet, darf sich nicht wundern, wenn er im Standortwettbewerb letztendlich weit abgeschlagen landet.

(Beifall bei der CDU)

Die Verlierer dieser Unterlassungspolitik sind die Menschen dieses Landes, sind die Kumpel, die Stahlarbeiter, die Maschinenbauer mit ihren Familien, denen zu wenige Alternativen in Form zukunftssicherer Arbeitsplätze geboten wurden.

Noch, meine Damen und Herren, ist Nordrhein-Westfalen das Energieland der Bundesrepublik Deutschland. Doch hat es die SPD-Landesregierung fertig gebracht, daß nordrhein-westfälische Firmen ganze Forschungsabteilungen mit Biotechnikern und Atomphysikern ins Ausland verlegt haben. Ich fordere Sie, Herr Ministerpräsident, zu einem klaren Bekenntnis zu einem Energiemix unter Einschluß sicherer Kernenergie auf.

(Beifall bei der CDU)

Während Ihr Staatsminister Clement sich bei den energiepolitischen Beratungen mit der Bundesregierung um einen energiepolitischen Konsens bemüht, auch um eine Option für eine sichere Kernkraftwerkgeneration, sehen Sie, Herr stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender Rau, vom Präsidiumstisch tatenlos

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

zu, wie die SPD auf ihrem letzten Bundesparteitag in Wiesbaden den Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie erneuert.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Ihnen ist doch klar: Das ist auch der Ausstieg aus tausenden von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: So ein Unsinn!)

Nun las ich gestern, daß Minister Clement beim SPD-Forum "Arbeitnehmerorientierte Wirtschafts- und Energiepolitik" in Mülheim dazu aufgefordert hat, die Forschung in Sachen Atomkraft fortzusetzen. Was gilt denn nun, Herr Ministerpräsident?

Meine Damen und Herren, wir brauchen endlich wieder eine Landesregierung mit einer klaren Linie, die die Kraft besitzt, auch kühne, zukunftsweisende Projekte wie zum Beispiel den Transrapid anzupacken.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Es ist ein Trauerspiel, wenn Sie verfolgen, wie das in Nordrhein-Westfalen gelaufen ist.

Mit Ihrer Rolle des ewigen Bedenkenträgers, Herr Ministerpräsident, schaffen Sie für keinen einzigen neuen Arbeitsplatz die notwendigen Voraussetzungen.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen Visionen und klare Konzepte, wir brauchen eine Aufbruchstimmung in Land, und wir müssen endlich den längst überfälligen Bürokratieabbau angehen. Wenn wir Wohlstand und Sicherheit für uns und unsere Kinder erhalten wollen, müssen wir agieren statt stagnieren, entscheiden statt verharren.

(Zuruf von der SPD: Siehe Bonn!)

Den Aufbruch schafft die Politik natürlich nicht allein. Dies geht nur, wenn unsere Bürger die Ärmel hochkrempeln und ihre Zukunft auch selbst in die Hand nehmen. Die Regierung dieses Landes muß

(C)

hierbei Hilfestellungen leisten. Sie muß vor allem die Rahmenbedingungen schaffen, die es Unternehmern, Forschern und Technikern erst ermöglichen, ihre Tätigkeit in unserem Lande auszuüben und zu entfalten.

Wir brauchen aber auch eine schlanke, moderne und leistungsfähige Landesverwaltung, die die Wirtschaft unseres Landes optimal unterstützt, die Innovationen fördert und Neuansiedlungen schnell und unbürokratisch ermöglicht.

Die CDU-Landtagsfraktion hat zur notwendigen Umstrukturierung der seit 1970 um fast 30 % aufgeblähten Landesverwaltung ein Konzept erarbeitet. Mit der Verwirklichung dieses Konzepts können wir das gesamte Dickicht der unzähligen neben- und übereinander agierenden Genehmigungs-, Prüfungs- und Überwachungsbürokratien beseitigen. Wir wollen ein einfaches, für den Bürger verständliches, klar gegliedertes und an landsmannschaftlichen Gegebenheiten orientiertes Verwaltungssystem, in dem Filz und Schlendrian keinen Nährboden finden.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Wir wollen darüber hinaus eine Landesverwaltung, in der sich Leistung wieder lohnt. Wir müssen uns endlich von alten Schablonen lösen und das öffentliche Dienstrecht vorurteilsfrei überprüfen und den Erfordernissen einer zeitgemäßen und modernen Verwaltung anpassen. Dazu brauchen wir selbstverständlich hochmoderne Arbeitsplätze, um die Effektivität, aber auch die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter zu erhöhen.

Die Landesregierung hat auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung ein volles Jahrzehnt verschlafen. Wenn in den Kanzleien unsere Gerichte nach wie vor alte Schreibmaschinen klappern - auf den Polizeidienststellen ist es genauso - und Computer so gut wie unbekannt sind, ist dies für ein Hochtechnologieland beschämend. Wir brauchen endlich modern ausgestattete Gerichte, damit die Bürger nicht jahrelang auf ihr Recht warten müssen, Straftäter schnell abgeurteilt und Asylbewerber zügig beschiedenen werden können. Ohne eine gut ausgestattete Justiz und Polizei sind wir nicht in der Lage, die Sicherheit

(A) (Dr. Linssen [CDU])

für die Menschen in unserem Land wiederherzustellen.

Die CDU hat hierzu in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Ideen entwickelt.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber es hört ja keiner!)

Wie beim Thema Asyl bewegt sich die SPD auch hier viel zu langsam.

Es dauert zu lange, bis sie ihre ideologischen Fesseln abstreift und sich zu einer konsequenten Bekämpfung der Kriminalität durchringt. Wer in falschverstandener Liberalität Kriminelle in ihren Wohnungen unbehelligt lassen will, wer Datenschutz zum Täterschutz werden läßt, wer die Verfolgung von Kleinkriminalität per Regierungserlaß einstellt und wer das Problem der Ausländerkriminalität in Abrede stellt, der darf sich nicht wundern, wenn Nordrhein-Westfalen zu einem Eldorado der Verbrecher wird.

(Beifall bei der CDU)

Schon jetzt gilt das Ruhrgebiet als Rückzugs- und Aktionsraum der organisierten Kriminalität.

(B) (Widerspruch bei der SPD)

- Meine Damen und Herren, das hören Sie nicht gern; die Wahrheit tut immer weh.

(Beifall bei der CDU)

Mit uns, mit der CDU, meine Damen und Herren, wird es keine sogenannten italienischen Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen geben.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Die haben wir doch längst dank Ihrer geistig-moralischen Führung!)

Mit uns wird es auch kein Zurückweichen vor der Gewalt linker oder rechter Schläger, vor der Gewalt von PKK-Terroristen oder fundamentalistischen Fanatikern geben.

(C) (Abgeordneter Schultz [SPD]: Geistig-moralischer Tiefflieger!)

Ich finde es unerträglich, wenn - wie in Bonn vor einigen Monaten geschehen - sechstausend nordrhein-westfälische Polizisten auf Weisung von oben tatenlos zusehen müssen, wie linksautonome Schläger den Bundestag blockieren und Abgeordnete, Mitarbeiter und friedliche Bürger belästigen und verprügeln.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wo ist Herr Schnoor?)

Ich finde es genauso unerträglich, wenn - wie in Fulda - Hunderte Neonazis ungehindert aufmarschieren können und die nach sozialdemokratischem NRW-Muster auf absolute Deeskalation getrimmte hessische Polizei keinen Finger krümmt und es vor laufenden Kameras zu freundlichen Absprachen zwischen Neonaziführern und Polizeiführern kommt. Derartige Vorkommnisse dürfen sich nicht wiederholen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Nur, wer konsequent gegen Provokationen des Rechtsstaates vorgeht, kann erwarten, daß er die Funken erstickt, bevor der Brand auflodert. In diesem Zusammenhang begrüße ich außerordentlich die Höchststrafe gegen die Mörder und Brandstifter von Mölln, die zu einer gerechten Strafe verurteilt worden sind.

(D) (Beifall bei der CDU)

Ein Staat, meine Damen und Herren, darf nicht autoritär sein, aber er muß Autorität besitzen und sie gegebenenfalls auch beweisen können. Er muß Respekt genießen und ihn sich auch verschaffen können. Von der Schaffung eines solchen Zustandes ist der Innenminister dieses Landes leider meilenweit entfernt.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Von dieser Debatte auch!)

Herr Präsident, es wäre sehr schön, wenn der Ministerpräsident vielleicht wiederkäme, weil ich ihn gern ansprechen wollte.

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Linssen, der Herr Ministerpräsident hat sich eben aus jedermann einsichtigen und verständlichen Gründen für zwei Minuten aus dem Saal entfernt.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Wird akzeptiert. - Zu Recht befindet sich dieser Innenminister, meine Damen und Herren, auf der bereits Ende 1991 von SPD-Fraktionschef Farthmann aufgestellten Pensionärsliste, auf der der Ministerpräsident dieses Landes neben Kultusminister Schwier, dem bereits zurückgetretenen Arbeitsminister Heinemann und Wirtschaftsminister Einert ganz oben plazierte war. Auch wenn Sie, Herr Farthmann, nachdrücklich bestreiten, daß Sie den Ministerpräsidenten an die Spitze Ihrer Pensionärsliste gesetzt haben, so haben Sie doch seit Oktober 1991 mehrfach angemahnt, den Generationswechsel im Kabinett bis Mitte dieser Legislaturperiode zu vollziehen. Dieser Termin ist längst überschritten.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Die Minister sind immer noch nicht in Pension, und der Ministerpräsident befindet sich im Wartestand als Bewerber für das Bundespräsidentenamt. Er hat sich innerlich längst von der Landespolitik verabschiedet.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings, meine Damen und Herren, sind Kenner des Rauschen Politikstils - ich will Ihnen einmal ein paar nennen: zum Beispiel Jürgen Möllemann oder Achim Rohde von der nordrhein-westfälischen F.D.P. - von dem Anspruch des Kandidaten auf das Bundespräsidentenamt überrascht. Sie waren es zumindest.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Ach?)

Zitat: "Schon gar nicht vermag ich aus seiner fatalen Führungs- und Entscheidungsschwäche seinen Anspruch auf das höchste Staatsamt abzuleiten." So Jürgen Möllemann am 21. März 1992 auf dem Landesparteitag der F.D.P.

(C)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Der ist ja besonders authentisch!)

Der Fraktionsvorsitzende der F.D.P. hier im Landtag bescheinigte dem Ministerpräsidenten noch im März vergangenen Jahres, daß seine beste Zeit bereits vorbei sei;

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Wen interessiert denn, was Herr Möllemann sagt?)

denn - so Achim Rohde in der "Halbzeitbilanz der F.D.P." - "diejenigen, die als Realisten auf die drohenden Gefahren hinweisen, sind für unser Land wichtiger als Schönfärber und Schönredner". Schließlich sei der Ministerpräsident ein Meister der Schönfärberei.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Kandidat hat da aber ein ganz anderes, viel schöner gefärbtes Bild von sich. Er fühlt sich als gemeinsamer Kandidat aller Parteien angesprochen und betont stets, er habe sich nie an einer Bewerbungskampagne für das Präsidentenamt beteiligt.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Er wehrt sich immer noch!)

(D)

Sie machen es sehr geschickt, Herr Ministerpräsident, wie ich gestern abend bei Jens Feddersen wieder beobachten konnte. - Dem steht aber eine Äußerung entgegen, die der Ministerpräsident laut "Stern" am Rande des SPD-Bundesparteitags in einer kleinen Runde gemacht haben soll, nämlich: "Wir müssen den Heitmann stabilisieren".

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Hör' doch auf, das ist ja lächerlich!)

Hintersinn dieser Unterstützung Heitmanns war wohl die Stärkung eines vermeintlich schwächeren Mitbewerbers.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Der war ja wohl wirklich schwächer!)

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

An der Hetzkampagne gegen Steffen Heitmann beteiligt - ich sage das einmal etwas ironisch - im Sinne einer "Arbeitsteilung des Stabilisierens": der SPD-Bundesparteivorsitzende Rudolf Scharping, der Herrn Heitmann als intellektuell bescheiden und politisch ausgelaugt bezeichnete.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Dies, Herr Ministerpräsident, war von Herrn Scharping eine ebensowenig feine Art wie Ihre spöttelnde Disqualifizierung des jetzigen Amtsinhabers Richard von Weizsäcker als eine "immerwährende Neujahrsansprache".

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das ist nicht von mir, Herr Kollege!)

- Das haben Sie nie dementiert, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das habe ich nie gesagt!)

- Sie haben es nicht dementiert; ich kann mich nur darauf verlassen.

(B)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ich habe es nie gesagt! - Abgeordneter Büssow [SPD]: Unglaublich! - Weitere Zurufe von der SPD)

Mit solchen Äußerungen schadet Herr Scharping der Würde des Amtes des Bundespräsidenten.

(Beifall bei der CDU)

Kein Wunder, meine Damen und Herren, daß Schriftsteller wie Peter Härtling sagen, es lohne sich nicht, sich für eine solche SPD einzusetzen.

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, an anderer Stelle in einem Interview erklären - Zitat -: "Wie schon zu der Person Steffen Heitmanns äußere ich mich auch nicht zu der Roman Herzogs", jedoch eine Frage weiter sich selbst belobigen - Zitat -: "Ich glaube, daß ich der geeignetere Kandidat bin.

(Beifall bei der CDU)

Mit mir glauben das viele andere.",

(C)

(Demonstrativer rhythmischer Beifall bei der SPD)

dann muß ich Ihnen das eine deutlich sagen, Herr Ministerpräsident: Wir, die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, glauben nicht, daß Sie der geeignetere Kandidat sind.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich: Auch heute noch ist richtig, was Professor Farthmann vor seiner Fraktion zum Zustand der SPD geäußert und damit auch Ihnen, Herr stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender Rau, ins Stammbuch geschrieben hat - Zitat -:

Bei den großen politischen Streitfragen der letzten zwei Jahre lag die SPD leider immer genau daneben: Bejahung der Deutschen Einheit, Rechtfertigung des Golfkrieges, Asyldebatte, Bundeswehreinsatz in internationalen Friedensaktionen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Rau, einer Partei, die bei der Frage der Deutschen Einheit immer so danebengelegt hat wie die SPD, sprechen wir, die CDU, den moralischen Anspruch ab, den ersten gesamtdeutsch gewählten Bundespräsidenten zu stellen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nicht nur Nordrhein-Westfalen, auch andere Bundesländer und unser geeintes Vaterland stehen unter den schweren Schlagschatten von Wirtschaftskrise und Parteienverdrossenheit vor zahlreichen Wahlen. Unter diesen Umständen ist das kommende Jahr eine Reifeprüfung für die Parteien, aber auch für die Wähler. Wir glauben nicht mehr, daß es dem Ministerpräsidenten gelingt, das Regierungsschiff mit einer kompetenteren Mannschaft von den Strudeln der Skandale und den Klippen der Konzeptionslosigkeit wegzusteuern, denn dieser notwendigen Richtungswechsel steht nicht im Buch der Harmo-

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

nielehre, sondern er erfordert Führungsstärke, Entschlußkraft und Präsenz.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mit einem Appell an alle schließen: Jeder ist für das, was er tut, verantwortlich und mitverantwortlich für das, was er geschehen läßt. Das Interesse an Politik, meine Damen und Herren, ist ungeboren. Die aktive Teilnahme indes läßt erschreckend nach.

Ich bitte alle, Politik nicht nur verdrossen zu erleben, sondern an der Politik aktiv teilzunehmen. Wir brauchen Menschen mit Mut und gesundem Menschenverstand, die mit Wahrheit und Klarheit Probleme ansprechen und die dort mit anpacken und handeln, wo es nötig ist. Sorgen Sie alle, bitte alle, mit dafür, daß auch in Nordrhein-Westfalen der Mißmut über Politik durch den Mut zur Politik ersetzt wird.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Professor Dr. Farthmann für die SPD-Fraktion.

(B)

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für mich ist dies das neunte Mal, in einer dritten Lesung des Landeshaushaltes zu sprechen. Nach langer Tradition ist es so üblich, daß aus Anlaß einer solchen Rede eine ausführliche und eher grundsätzliche Beurteilung der allgemeinen politischen Lage erwartet wird.

Ich will Ihnen jedoch ganz ehrlich sagen, meine Damen und Herren: Die Vorbereitung der Rede zur dritten Lesung ist mir noch nie so schwergefallen wie in diesem Jahr. Dabei will ich auch aus dem Nähkästchen plaudern: Unsere Fachreferenten haben mir eine Rede gemacht, die war fast so gestrickt wie das, was Herr Linssen hier gesagt hat.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das kann doch nicht dieselbe gewesen sein!)

- Ich meine es gar nicht böse, Herr Linssen. Sie werden es gleich auch merken. Da hieß nur der Tatort nicht Düsseldorf, sondern da hieß der Tatort Bonn.

(C)

(Vereinzelt Lachen bei der SPD)

Was meinen Sie wohl, was ich mich hier schön über den Zustand der derzeitigen Regierungskoalition in Bonn auslassen könnte!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will es nicht tun. Was meinen Sie aber, wie das Spaß machen würde, wie das Beifall gäbe! Nur, meine Damen und Herren, man muß sich doch einmal fragen, was man sich eigentlich davon verspricht, wenn wir in dieser Art weitermachen. Soll es so weitergehen, daß wir uns ständig persönlich versuchen anzugreifen, herunterzumachen - unter parteipolitischen Aspekten -, und die Bürger hören überhaupt nicht mehr zu? Was bringt denn das alles?

Merken wir denn nicht, meine Damen und Herren, alle, die wir politisch tätig sind, daß wir uns vor Schwierigkeiten sehen, die es bisher nicht oder jedenfalls nicht in diesem Umfang gegeben hat? Wir sind doch entsetzt darüber, in welchem Ausmaß und in welchem Tempo das Ansehen der sogenannten politischen Klasse bei uns in Deutschland bei den Bürgern verfallen ist.

(D)

Wir sehen doch, wie aggressiv Bürger und gesellschaftliche Gruppen ihre Kritik zu bestimmten Ereignissen aussprechen. Wir sind doch entsetzt darüber, wie schnell und unbedenklich viele Bürger bereit sind, radikalen Kräften, vor allem von der Rechten, politische Unterstützung zu signalisieren, obwohl wir, die Deutschen, wie kein anderes Volk dieser Welt aus unserer jüngsten Geschichte gelernt haben müßten, wie tödlich eine solche Gefahr werden kann und wie sehr unser Ansehen und unsere demokratische Zuverlässigkeit in der ganzen Welt darunter leiden können.

Gleichzeitig müssen wir Politiker über alle Parteigrenzen hinweg doch selbst zugeben, daß das politische

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

Management in der letzten Zeit in vielen Bereichen mißlungen ist, daß mehr Politiker als zuträglich persönlich versagt haben

(Zuruf: Sehr richtig!)

und daß unsere parteipolitisch orientierten Argumentationsmuster für die Bewältigung der meisten aktuellen Herausforderungen untauglich geworden sind. Dies gilt auf Landesebene genau wie auf Bundesebene und gilt in Nordrhein-Westfalen genau wie in Baden-Württemberg. Daraus müssen wir doch Schlüsse ziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Für die meisten demokratischen Kräfte - für Sie vielleicht nicht, Herr Schauerte - stellt sich doch die dringliche Frage, wie wir unsere politische Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit beim Bürger zurückgewinnen können.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch die entscheidende Frage, die uns am Ende dieses Jahres alle miteinander berühren mußte.

(B)

Dabei ist der Befund relativ einfach: Deutschland befindet sich in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Krise. Daran ist nicht zu zweifeln. In Westdeutschland herrscht die schwerste Rezession der Nachkriegszeit, in Ostdeutschland ist ein sich selbst tragender Aufschwung nicht in Sicht. Die Außenwirtschaftsbilanz ist seit 1991 negativ; beim Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital mit dem Ausland erwirtschaftete die Bundesrepublik 1989 noch einen Überschuß von 108 Milliarden DM. Seitdem ging es steil bergab. 1991 hatten wir bereits ein Minus von 33 Milliarden DM, 1992 von 40 Milliarden DM und im ersten Halbjahr 1993 hatten wir schon wieder ein Minus von 20 Milliarden DM. Das heißt im Klartext: Deutschland konsumiert auf Pump.

Beschönigend wird - auch von der Bundesregierung und von der Bundesbank - immer stolz auf die angeblich harte D-Mark hingewiesen. Aber wenn wir ehrlich miteinander umgehen, müssen wir zugeben,

daß es überhaupt keinen Grund gibt, stolz auf die Stabilität der D-Mark zu sein.

(Zuruf: Was?)

Vielmehr beträgt die aktuelle Inflationsrate 3,6 %; sie lag noch im Herbst bei 4 %. Damit liegen wir in der Spitzengruppe, Herr Linssen; da gibt es nichts zu bagatellisieren. Nur Italien, Griechenland und Portugal haben eine schlechtere Inflationsrate als wir. So ist es inzwischen.

(Unruhe bei und Zurufe von der CDU)

- Sie können das ja ruhig bestreiten, aber der Bürger weiß es. Die Zahlen sind so eindeutig wie nur was. Das ist im statistischen Handbuch nachzulesen.

(Beifall bei der SPD)

Verantwortlich für die stetige Aufwertung der D-Mark ist doch ausschließlich das hohe Zinsniveau im Vergleich zu den anderen Industrieländern.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Die Aufwertung hat außerdem zu einem guten Teil dazu beigetragen, daß wir erhebliche Absatzeinbußen in der Exportindustrie haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Das ist doch die negative Nebenfolge.

In Westdeutschland hat die Rezession erhebliche strukturelle Schwächen offengelegt. Bei vielen Zukunftstechnologien hat die deutsche Wirtschaft den Anschluß an die Weltspitze verloren. In den Schlüsselbranchen Automobilindustrie, Elektroindustrie, Chemie, Maschinenbau und Montanindustrie, die in den letzten Jahrzehnten das industrielle Herzstück unserer Volkswirtschaft gewesen sind, kommt es zu Massenentlassungen.

Auch die nordrhein-westfälische Wirtschaft steckt tief in der Rezession. Ich muß in diesem Punkt die Äußerung von Herrn Linssen bestätigen. Jeden Monat

(C)

(D)

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

verlieren wir in Nordrhein-Westfalen mindestens 13 000 Arbeitsplätze. Der Grund ist für jeden erkennbar: Zum ersten Mal sind die vier nordrhein-westfälischen Schlüsselindustrien Stahl, Bergbau, Chemie und Automobilzulieferer gleichzeitig in der Krise.

In Ostdeutschland bricht die industrielle Basis immer weiter weg. Entgegen der Versprechungen von den blühenden Landschaften hat sich der ökonomische Entwicklungsrückstand Ostdeutschlands noch nicht verringert.

Die bedrückendste Tatsache ist aber: Selbst wenn auf das Schrumpfungsjahr 1993, das jetzt zu Ende geht, wieder ein Wachstumjahr folgen sollte, selbst wenn 1994 - das müßte optimistisch gerechnet werden, doch daran glaubt im Grunde ernsthaft keiner - ein reales Wachstum von 2 % eintreten sollte, werden wir trotzdem einen Anstieg der Arbeitslosigkeit erleben.

Bereits jetzt gibt es nahezu 6 Millionen Menschen in Ost- und Westdeutschland, die keine reguläre Arbeit haben. 3,55 Millionen Menschen sind arbeitslos, über 2 Millionen befinden sich in ABM-Maßnahmen, in Kurzarbeit, in Qualifizierung oder im Vorruhestand.

(B)

Meine Damen und Herren, die zweite Tatsache ist, daß die Staatsfinanzen außer Kontrolle geraten sind. Statt der für dieses Jahr im Bundeshaushalt geplanten Neuverschuldung in Höhe von 43 Milliarden DM beträgt die Deckungslücke jetzt am Ende des Jahres 73 Milliarden DM. Berücksichtigt man zusätzlich die Sozialversicherung, die Treuhandanstalt, die Eisenbahnen und die Deutsche Bundespost, dann hat der Bundesfinanzminister ein Gesamtdefizit von 133 Milliarden DM zu verantworten.

(Zuruf von der SPD: Das ist die Wahrheit!)

Die gesamte Staatsverschuldung wird am Ende dieses Jahres 1,9 Billionen DM betragen. Das bedeutet, daß allein für Zinsen Jahr für Jahr 180 Milliarden DM nötig werden. Das bedeutet, wir gehen auf den Zeitpunkt hin, wo von jeder Steuer-Mark der Bundesfinanzminister 20 Pfennig für Zinsen an die Banken überweisen muß.

(C)

Bei dieser Sachlage treten alle anderen politischen Fragen in den Hintergrund. In das Zentrum der Politik rücken einzig und allein die Fragen der Absicherung der materiellen Grundlagen der Menschen, also die Wirtschafts- und die Arbeitsmarktpolitik.

Wenn man das etwas ironisch formulieren sollte, könnte man sagen, alles andere reduziere sich sozusagen auf das Problem "Kunst am Bau". Das Gebäude der politischen Handlungsnotwendigkeit umfaßt Wirtschaft und Arbeit - das ist das Kernproblem -, oder wie es Bert Brecht hart und unbarmherzig ausgedrückt hat: Erst kommt das Fressen. Daran geht kein Weg vorbei.

Bei der Bewältigung der vor uns liegenden Schwierigkeiten - auch das kann man über alle Parteigrenzen hinweg sagen - sind offensichtlich viele Politiker mit ihrem parteipolitischen Latein am Ende. In der Tat ist in dieser bedrückenden Situation von uns allen ein Pragmatismus gefordert, der sich nur an der Sache orientiert und an nichts anderem.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen endlich die längst fälligen Konsequenzen daraus ziehen, daß der weltweite Umbruch der letzten Jahre unser parteipolitisches Koordinatensystem weitgehend unbrauchbar gemacht hat.

(D)

Die Parteipolitik verschafft den handelnden Politikern in vielen Fragen offenbar nicht mehr den Zugang zu sachbezogener Handlungsfähigkeit. In manchen Fällen hat man sogar den Eindruck, daß sie den Politikern den Zugang zu einer realitätsorientierten Weltsicht geradezu versperrt. Das Ergebnis sind endloser Streit und keine Handlungsfähigkeit. Dabei ist der Bürger häufig gar nicht mehr in der Lage, die parteipolitischen Winkelzüge zu durchschauen. So haben wir es in letzter Zeit doch immer wieder erlebt, daß geredet und geredet und nicht gehandelt wird. Ich will es mir ausdrücklich versagen, an dieser Stelle konkrete Beispiele aus dem politischen Alltag zu nennen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Siehe Bundesrat!)

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

- Ich will es mir ausdrücklich versagen, und Sie tun es schon wieder. Sie sind jetzt schon wieder drauf und dran, den parteipolitischen Streit darüber zu beginnen, wer woran schuld ist. Sie sagen, es liege an der SPD, wenn die Pflegeversicherung nicht komme. Genauso kann man fragen: Was soll es denn, daß mit der Pflegeversicherung über die Streichung eines zweiten Feiertags, die gar nicht notwendig ist, jetzt plötzlich Gewinn gemacht werden soll?

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist doch Unsinn, und das wissen Sie auch!)

Ich sage ausdrücklich: Ich will keine Beispiele bringen, auch dieses nicht, weil es doch nichts bringt, daß wir darüber erneut in Streit geraten. Der Bürger versteht es nicht mehr und will es auch nicht mehr hören, sondern er will, daß wir handeln.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Übrigens war die zweite Lesung unseres Haushalts jedenfalls in einigen Phasen auch keine Veranstaltung, die dem Bürger das parlamentarische System besonders attraktiv dargestellt hat. Wie kommt es eigentlich - die Frage müssen wir beantworten -, daß wir es nicht mehr schaffen, mit Pragmatismus und Augenmaß die vorgegebenen Aufgaben vom Tisch zu bringen?

(B)

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, erfassen alle gesellschaftlichen Gruppen, sie treffen alle politischen Ebenen, die Länder ebenso wie den Bund und die Gemeinden. Sie sind deshalb auch nur gemeinsam lösbar. Ich möchte daher an diesem Jahresende aus Anlaß der dritten Lesung des Haushalts alle politischen Gruppen zu einem gemeinsamen Neuanfang zu einem die Parteigrenzen übergreifenden Pragmatismus aufrufen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade zur Behebung unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten brauchen wir ein Konzept, das wirklich an den Wurzeln des Übels ansetzt. Es muß lauten - auch das ist allgemeine, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten versehene Erkenntnis -: ökologische

Erneuerung, umweltverträgliches Wachstum, Aufbauprogramm Ost, soziale und demokratische Stabilität.

Wir brauchen eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherung können nur dann dauerhaft gewährleistet werden, wenn die deutsche Wirtschaft leistungsfähig und international wettbewerbsfähig ist und bleibt. Nur mit Spitzenqualität zu konkurrenzfähigen Preisen können die deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten bestehen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Aufgabe, Arbeitslosigkeit und explodierende Staatsverschuldung zu bekämpfen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die innere Einheit Deutschlands und mehr soziale Gerechtigkeit herbeizuführen.

Ich will versuchen, zur Erreichung dieser Ziele aus meiner Sicht einige konkrete Handlungsmaßnahmen vorzuschlagen.

Das beginnt damit, daß wir etwas gegen den dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung tun müssen; er muß gebremst werden.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Aber Sie tragen mit diesem Haushalt doch dazu bei, die Staatsverschuldung weiter zu erhöhen!)

(D)

Bei Fortschreibung der gegenwärtigen Entwicklung werden wir bald die Verschuldung von Italien und Belgien übertroffen haben.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wir haben Anträge gestellt!)

- Ja, wir auf Bundesebene ebenso. Was soll denn das?

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wir sind aber hier in Nordrhein-Westfalen!)

- Was ich gesagt habe, gilt überall. Es führt kein Weg daran vorbei, daß wir uns überall zusätzliche Einnahmen verschaffen müssen; sonst können wir nicht bestehen.

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja, aber fangen wir hier im Lande an! - Gegenrufe von der SPD)

Ich möchte Vorschläge machen, deren Auswirkungen die Bürger spüren können, die nicht nur Kunst am Bau sind, sondern die Wirtschaft und Arbeit wieder auf gesunde Füße stellen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sehr vernünftig!)

Wir müssen energische Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen, um die Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen und die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern - auf Landes- und auf Bundesebene. Wir brauchen ein Konsolidierungskonzept, das kurzfristig wirksam ist. Deswegen frage ich - das ist fast ein alter Hut, aber die Lösung ist so einfach wie nur etwas -: Warum lassen wir den erst ab 1. Januar 1995 vorgesehenen Solidaritätszuschlag nicht sofort wirksam werden?

(Beifall bei der SPD)

Das bringt 30 Milliarden DM pro Jahr.

(B)

Es war doch eine Absurdität, die Erhebung des Solidaritätszuschlags zu unterbrechen. Aber dafür kann ich wegen der Positionen, in die wir uns gegenseitig verhakt hatten, noch Verständnis aufbringen. Es hat dennoch keinen Zweck, diese Möglichkeit der Konsolidierung sehenden Auges auszulassen, nur weil einmal jemand gesagt hat - das ist doch der wahre Grund -, für die deutsche Einigung gebe es keine Steuererhöhung. Das ist doch der Hintergrund dieses ganzen absurden Manövers.

Lassen Sie uns alles, was wir aus guter oder böser Absicht gesagt haben, vergessen, und lassen Sie uns doch diesen pragmatischen Weg ergreifen, den die Bürger schon akzeptiert hatten, bei dem sie überhaupt nichts mehr gesagt hätten, wenn er weitergegangen worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Nun soll niemand mit dem Einwand kommen, der Solidaritätszuschlag sei konjunkturmindernd. Auch ich

(C)

weiß, daß er das wie jede andere Steuererhöhung auch ist. Nur: Glauben Sie, die Sozialkürzungen seien weniger konjunkturmindernd? Sie wirken hundertprozentig kaufkraftmindernd. Beim Solidaritätszuschlag haben wir die Hoffnung, daß wenigstens ein Teil, vielleicht sogar ein nicht unerheblicher Teil, der die Besserverdienenden betrifft, nicht unmittelbar der Kaufkraft entzogen wird.

Deswegen lassen Sie uns doch über alle Grenzen hinweg vergessen, was wir früher gesagt haben, lassen Sie uns diesen Schritt tun. Das ist ein vernünftiger, ein wirksamer Weg, der uns hilft, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden.

Zweitens. Um neue und zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen, sollten nach meiner Meinung gezielt und zeitlich befristet die steuerlichen Fördermaßnahmen für Zukunftsinvestitionen verbessert werden. Die Instrumente dafür sind Abschreibung und Investitionszulagen. Ich bin insoweit nicht festgelegt. Wir können machen, was wir wollen, es muß nur helfen. Vorrangig sollten dabei private Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Rohstoff- und Energieeinsparung sowie Umweltschutz gefördert werden. Dadurch werden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gestärkt und die ökologische Erneuerung unserer Volkswirtschaft vorangebracht.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Der Erfindergeist unserer Techniker und Ingenieure hat in der Vergangenheit den Aufstieg unserer Volkswirtschaft begründet. Mit immer neuen Produkten und effizienten Produktionsverfahren wurde unsere Volkswirtschaft zum Exportmeister. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik muß hier ansetzen. Deshalb sind Forschung und Entwicklung, Bildung und Wissenschaft auch in Zukunft wichtige Stützpfiler unserer Volkswirtschaft. Wirtschaft und Staat müssen den Ehrgeiz haben, die modernsten und besten Forschungs- und Bildungseinrichtungen vorzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir auf Landesebene wollen unseren Teil dazu beitragen. Aber daß in Bonn ausgerechnet an den For-

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

schungs- und Technologieausgaben gespart wurde, ist nicht zu verstehen. Ein Land wie Deutschland, das 4,2 % seines Bruttosozialprodukts für Bildung und Wissenschaft ausgibt, darf im Bereich der Ausgaben für Forschung und Technologie nicht sparen. Die Ausgaben dafür machen inzwischen lediglich 1,9 % aus, und damit liegt die Bundesrepublik gerade noch auf dem viertletzten Platz in Europa. Hinter uns liegen nur noch Griechenland, Portugal und Spanien, was die Ausgaben für Forschung und Technik angeht.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber was tun wir in NRW?)

Dabei müssen wir vorrangig die Technologien des 21. Jahrhunderts fördern, die Informations- und Kommunikationstechnik, die Biotechnologie, die Gentechnik und natürlich auch die Umwelttechnik. Forschung und Entwicklung in diesen Zukunftsbereichen müssen verstärkt werden.

Viertens, meine Damen und Herren: Um die Wohnungsnot in Deutschland zu bekämpfen, muß der Wohnungsbau nachhaltig verstärkt werden. In ganz Deutschland fehlen 2,5 bis 3 Millionen Wohnungen. Angesichts dieser Wohnungsnot ist es unverständlich, daß die Mittel für den sozialen Wohnungsbau bis 1995 um 30 % gekürzt werden sollen. Wir in Nordrhein-Westfalen - das ist doch nun wirklich nicht zu bestreiten - haben in 1993 rund 35 000 Wohnungen mit knapp 4 Milliarden DM gefördert.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Auch im nächsten Jahr wollen wir den Bau von mindestens 27 000 neuen Sozialwohnungen fördern.

(Abgeordneter: Schultz [SPD]: Noch mehr!)

Insgesamt gibt Nordrhein-Westfalen mehr Geld für den Wohnungsbau, als die Bundesregierung allen anderen Bundesländern insgesamt zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens - ich will gar nicht darum herumreden - muß natürlich auch die Tarifpolitik in dieser Konsolidierungsphase ihren Beitrag leisten.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die differenzierte Nullrunde - wo ist sie?)

(C)

Zwar gilt weiterhin, daß sich Politiker -- Ja, Herr Schauerte, beim Drehen der Schraube gehen Sie immer ein kleines bißchen zu weit. Das sollten Sie inzwischen gelernt haben, Sie haben es doch schon so oft gemacht. Damit machen Sie mehr kaputt als heil.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nein, die differenzierte Nullrunde im öffentlichen Dienst! - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Nein, das muß man hier nochmal sagen!)

Ich wollte sagen: Zwar gilt auch weiterhin, daß sich Politiker besser nicht in konkrete Verhandlungen der Tarifvertragsparteien einmischen sollten - das will ich auch nicht -, aber trotzdem muß es erlaubt sein, darauf hinzuweisen, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in diesem Jahr und wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren keine Verteilung von Wohlstandsgewinnen ermöglichen werden. Das gilt für fast alle Wirtschaftsbereiche und sicher auch für den öffentlichen Dienst.

Deswegen heißt das im Klartext: Reale Einkommenssteigerungen sind nicht möglich; vielleicht wird es in dem einen oder anderen Bereich sogar noch nicht einmal möglich sein, die Preissteigerungsrate auszugleichen. Die Tarifabschlüsse der jüngsten Vergangenheit zeigen auch, daß sich die Gewerkschaften durchaus darauf einzustellen beginnen. Aber wir machen ihnen die Arbeit schwerer, wenn wir lautstark Nullrunden fordern. Da wollen wir uns doch nichts vormachen!

(D)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Deswegen bin ich zuversichtlich, daß die Tarifbewegung 1994 ihren Beitrag zur Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität leisten wird. Meine Damen und Herren, die Arbeitszeitverkürzung bei VW liegt doch genau auf dieser Linie. Wer hätte denn eine solche Maßnahme noch vor einem halben Jahr für möglich gehalten? Das ist eine unkonventionelle Maßnahme, die sicherlich nicht für alle gilt, die aber doch das Bemühen zeigt, auf dem angefangenen Weg

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

fortzuschreiten. Die IG Bergbau will diesem Modell offenbar folgen, wie ich höre und in der Zeitung lese.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Auch die IG Metall!)

Das alles zeigt übrigens, wie absurd der Streit darüber ist, ob nun Arbeitszeitverlängerung oder Arbeitszeitverkürzung stattfinden soll. Das alles steht überhaupt nicht zur Debatte. Es geht nämlich in Wirklichkeit ausschließlich um die Kostenbelastung durch die Arbeitszeit - und um nichts anderes.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Absolut richtig!)

Und wenn das so ist, dann sollten wir auch offen darüber reden.

Sechstens! Ein weiteres Problem, das in diesen Zusammenhang gehört - auch das ist ein kritischer Punkt -, ist das sogenannte Lohnabstandsprinzip. Die Schwierigkeit liegt darin - und jeder, der mit Arbeitnehmern diskutiert, weiß das -, daß bei uns der Lohn leistungsbezogen und die Sozialhilfe familienabhängig ist. Deshalb gibt es in der Tat Konstellationen, bei denen mit Hilfe der Familienzuschläge die Sozialhilfe die gleiche Höhe wie die unteren tarifvertraglichen Einkommensgruppen erreichen oder sie sogar überschreiten kann. Das wird natürlich nicht akzeptiert und auch nicht eingesehen.

(B)

Die Lösung dieses Problems könnte in einem Antrag liegen, den ich Ihrer Aufmerksamkeit wirklich nachdrücklich empfehlen möchte, den wir als SPD-Fraktion gerade in diesen Tagen eingebracht haben oder einbringen werden; vielleicht ist er auch noch im Druck. Das Ziel ist eine kostenneutrale Verbesserung des Lastenausgleichs. Das heißt im Klartext: das Kindergeld massiv erhöhen, ohne daß Steuergeld dafür nötig wird. Das geht natürlich nur, wenn wir irgendwo anders einsparen. Unser Vorschlag ist, das Familiensplitting ein bißchen zu reduzieren,

(Zustimmung bei der SPD)

- zugunsten der Kinder, nicht zugunsten von irgendetwas anderem. Nun gibt es da ja offenbar Dogmen und Bremsen. Deshalb lassen Sie uns über eine ande-

re Kürzung im Rahmen der Lohnsteuernkürzung nachdenken. Aber es wäre ein entscheidender Punkt, wenn wir es endlich hinkriegten, daß derjenige, der seiner Arbeit nachgeht, der in die Grube fährt oder sonst etwas tut und sein Geld hart verdient, durch das Kindergeld genauso in die Lage versetzt wird, den Lohnabstand gegenüber dem Sozialhilfeempfänger zu wahren. Das ist eine wichtige Frage für die Glaubwürdigkeit unserer Gesellschaft.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns doch alle Dogmen vergessen, die wir da vertreten haben, alle Löcher, in die wir uns eingegraben haben, zuschütten, und lassen Sie uns aufeinander zugehen, um dieses Problem zu lösen. Wir können es nicht nur in Nordrhein-Westfalen lösen, aber es könnte von hier ein Signal ausgehen. Übrigens hat das Bundesverfassungsgericht in seinem berühmten Urteil vom 7. Juli 1992 eine ganz dringende Ermahnung in dieser Richtung ausgesprochen. Ich wage die Voraussage: Wenn wir es nicht selber machen, dann wird das Bundesverfassungsgericht das machen. Das wäre eine blamable Situation für die Politik.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: So ist es!)

Deswegen kann ich nur dazu raten: Lassen Sie uns dieses Problem ohne Dogmatik und parteipolitische Scheuklappen lösen.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Ich füge hinzu: Dazu gehört auch, daß die Sozialhilfe in den nächsten Jahren unabhängig von der Preissteigerungsrate jedenfalls nicht stärker angehoben werden kann, als die Realeinkommen der Beschäftigten steigen, sonst halten die das nicht aus; da können wir alle möglichen anderen Überlegungen anstellen. Das gehört dazu, um den Konsens in einer Gesellschaft zu erhalten.

Siebtens will ich wenigstens noch erwähnen - ich will Sie damit gar nicht strapazieren, aber ich will es doch sagen -, daß die von der SPD vorgeschlagene ökologische Steuerreform auch ein wichtiger Punkt für die Zukunftsgestaltung sein könnte.

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Warum fangen Sie in Nordrhein-Westfalen nicht damit an?)

Dies ist ein ehrgeiziges Projekt für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Dabei sollen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Kampf gegen die ökologischen Gefahren verbunden werden. Die Leitidee ist, einerseits den Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten und andererseits den umweltschädlichen Energie- und Materialverbrauch steuerlich stärker zu belasten.

Mit dieser ökologischen Steuerreform können die Kräfte des Marktes für die technologische und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft besser als bisher genutzt werden, und die Unternehmen können auf die dabei gesetzten richtigen Preissignale für die Marktwirtschaft mit neuen Produkten und neuen Produktionsverfahren reagieren.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Farthmann, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Busch zulassen?

(B)

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Ich glaube nicht, daß das weiterhilft, Herr Dr. Busch; lassen Sie mich meine Ausführungen zu Ende führen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß doch schon, was er will ; das bringt doch nichts. Er fragt dann, warum ich dies erst an siebter Stelle nenne. Und das will ich sowieso jetzt erklären:

Es geht mir hier um kurzfristige Maßnahmen, auch um solche Maßnahmen, bei denen wir die CDU mitnehmen können, denn sonst hat es doch alles keinen Zweck, sonst ist doch alles l'art pour l'art.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das wollte der Kollege Busch doch gar nicht sagen!)

Ich bekenne mich jedenfalls voll zur ökologischen Steuerreform, sehe aber natürlich auch die Grenzen der politischen Durchsetzbarkeit. Das zu erkennen, ist

vielen jüngeren Politikern manchmal noch nicht so gegeben.

(C)

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei den GRÜNEN)

Ich bin davon überzeugt: Mit umweltverträglichen sowie energie- und rohstoffsparenden Produkten könnten wir für die deutsche Industrie weltweit neue Zukunftsmärkte erschließen und Millionen international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen. Lassen Sie uns doch auch darüber unvoreingenommen reden. Ich gebe zu, daß das keine Maßnahme ist, die von heute auf morgen hilft, die hier neue Arbeitsplätze schaffen würde, glaube aber, daß wir das nächste Jahrzehnt als federführende Exportnation nicht überdauern, wenn wir uns dieser Frage nicht stellen.

Bei der Beurteilung dessen, was ich hier und heute vorgetragen habe, mag es von Ihnen viele Einwände und mancherlei Kritik geben. Darüber können wir gerne diskutieren. Ich bitte allerdings, mir eines nicht entgegenzuhalten, nämlich ich hätte nicht genügend zur Landespolitik gesprochen; damit rechne ich schon. - Ich habe mich bemüht, das auszusprechen, was die Bürger in unserem Lande vor allem bewegt und bedrückt.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Und die fragen nicht danach, ob dafür der Bund, das Land oder wer auch immer zuständig ist. Sie erwarten von uns Politikern Kompetenz und das Bemühen um Hilfe.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Ausschließlich an diesem Maßstab sollten wir uns orientieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Lage der Nation zu Beginn des dritten Jahres nach der deutschen Wiedervereinigung ist kritisch. Die Zeit höchster Anspannung zum Sparen fällt zusammen mit einem drastischen Einbruch der Konjunktur. Die vor uns liegenden Schwierigkeiten sind politisch lösbar. Sie sind aber nur lösbar mit den

(Dr. Farthmann [SPD])

(A)

demokratischen Parteien. Alles Schielen nach rechts-radikalen Denkkettelparteien ist unverantwortlich und gefährdet unser Ansehen in der ganzen Welt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung des Abgeordneten Dorn [F.D.P.])

Ich will einen letzten Gedanken anschließen! Um aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen, müssen wir, glaube ich, auch als Politiker, auch als einzelne zu einer neuen Rolle in der öffentlichen Darstellung und Auseinandersetzung finden. Ich persönlich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir die Rolle des allwissenden Verkünders, der schon immer alles gewußt und für jede Frage eine passende Antwort in der Schublade oder im Kopf hat, aufgeben und mehr in die Rolle des gesellschaftlichen Gesprächspartners für unsere Bürger schlüpfen müssen. Die Zeit der Verkündung großer Weisheiten und Wahrheiten ist ohnehin vorbei. Die großen gesellschaftlichen Alternativen, die 100 Jahre weltweit die gesellschaftspolitische Diskussion beherrscht haben, die großen Gegensätze zwischen Kapitalismus, Marxismus und drittem Weg, alles das gibt es nicht mehr. Wir werden künftig nur noch dann das Vertrauen der Bürger gewinnen können, wenn sie uns zutrauen, daß wir die Welt, in der wir leben, menschlicher gestalten können als bisher. Das wird der einzige Maßstab sein.

(B)

(Beifall bei der SPD und Zustimmung der Abgeordneten Dorn und Witteler-Koch [F.D.P.])

Wir müssen uns deshalb den kommenden gesellschaftlichen Entwicklungen aufgeschlossen und mutig stellen. Wir müssen sie sachgerecht und realistisch beurteilen, und wir müssen pragmatische Lösungen finden, die sich an dem Maßstab nach mehr Menschlichkeit in unserer Gesellschaft orientieren. Unsere politische Kompetenz darf nicht mehr darauf aus sein, alles zu wissen und alles zu können. Unsere politische Kompetenz wird sein müssen, auf die Nöte, Wünsche und Ängste der Bürger einzugehen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und gemeinsam mit den jeweils Betroffenen nach akzeptablen Lösungen zu suchen.

(Zustimmung bei der SPD)

Dazu gehört auch der Mut zur Aufrichtigkeit. Alles Taktieren und Finassieren in der berühmten nichtsagenden Politikersprache, das nehmen uns die Leute nicht mehr ab. Ich behaupte sogar: Sie können es allmählich nicht mehr hören.

(C)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das sehe ich auch so!)

Deswegen brauchen wir einen neuen Aufbruch in Staat und Gesellschaft. Ich glaube, daß die Bürger auch dazu bereit sind, wenn wir ehrlich mit ihnen umgehen. Ich würde mir wünschen, und es wäre schön, wenn wir im neuen Jahr erste Schritte in diese Richtung gehen könnten. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Vizepräsident Dr. Klose: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Kollegen Dr. Rohde das Wort.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn - das kann man natürlich nicht unterlassen - einige Anmerkungen zur Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU machen, dem ich, wenn er mich schon zitiert, sehr dankbar wäre, zitierte er mich wenigstens korrekt.

(D)

(Zuruf von der SPD: Das kann er nicht!)

Deswegen habe ich in unserem Zwischenbericht gesagt: Diejenigen, die als Realisten auf drohende Gefahren hinweisen, sind für unser Land wichtiger als Schönfärber und Schönredner, die wir im Lande häufiger finden. - Das war ein Gattungsbegriff, Herr Linssen, kein Personenbegriff; er bezog sich nicht auf eine Person, sondern war zitiert aus einem Buch, das ich allen empfehle, nämlich dem Buch von Arnulf Baring über die "Neue Welt", die eben auch von Herrn Farthmann beschworen worden ist. Deswegen, Herr Linssen, weiß ich nicht, ob hier Schwarzweißmalerei unbedingt weiterhilft.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

(Dr. Rohde [F.D.P.]

(A)

Wir haben alle seit Jahren festzustellen: Nichts ist mehr so, wie es früher war. Deswegen haben wir zu Recht in unserem Zwischenbericht geschrieben, Nordrhein-Westfalen werde im harten Wettbewerb der nächsten Jahre nur dann bestehen können, wenn alle im Landtag vertretenen Parteien so weit wie möglich zusammenarbeiteten. Die Erklärung von Herrn Farthmann habe ich als ein solches notwendiges Angebot zur Zusammenarbeit aufgefaßt, wobei ich allerdings sagen muß, daß es gut gewesen wäre, man hätte eine solche Rede vor der dritten Lesung gehalten, vor den Haushaltsberatungen gehalten.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wir nehmen sie deswegen auch als Maßstab für die Vorschläge der Opposition im nächsten Jahr. Herr Farthmann, es wäre im übrigen gut, man würde nicht alle Vorschläge der Opposition niederbügeln, wie die Mehrheit das in den letzten zehn Jahren immer wieder getan hat.

Nichts ist mehr so wie früher - das heißt ja, sich damit auseinanderzusetzen, daß das europäischen Zeitalter vorbei ist, daß wir jetzt in weltweiter Konkurrenz mit den asiatischen Ländern leben müssen, die eine ganz andere Tradition haben als wir, was ganz neue Herausforderungen für die modernen Industriestaaten bedeutet. Es heißt auch - Herr Farthmann hat das eben beschrieben -, das Ende des Sozialismus hinzunehmen. Es heißt ebenso, daß ein jahrhundertelanger Kampf beendet worden ist, daß eine Tradition, die über 200 Jahre lang unsere Diskussionen bestimmt hat, beendet worden ist. Und daß das Ende des Sozialismus auch die Beurteilung des Kapitalismus in einer ungewöhnlichen Weise verändert - ich glaube, das sehen wir, wenn wir unsere wirtschaftliche Situation betrachten.

(B)

Wir haben uns damit auseinanderzusetzen, daß seit 1871 zum ersten Mal ganz neue Staaten entstanden sind: Ukraine, Weißrußland und andere. Wer sich die Wahlen vom Wochenende in Rußland ansieht und sich fragt, wie sich die auf unsere Sicherheitsstrukturen auswirken, der muß doch auch sagen: Die überholten Formen, an denen wir noch kleben, helfen nicht mehr.

(C)

Deswegen kann ich allen nur empfehlen, zusammenzuarbeiten oder vielleicht einmal das sehr interessante Buch "Die planlosen Eliten" zu lesen, an dem Peter Glotz für die SPD, Rita Süßmuth für die CDU, Konrad Seitz für die F.D.P. beteiligt waren, das uns wirklich nahelegt, in dieser ungewöhnlich schwierigen Situation, in der sich Deutschland befindet, zusammenzuarbeiten.

Herr Farthmann, ich fand es gut, daß Sie für die Sozialdemokraten darauf hingewiesen haben, daß es in Zukunft nicht darum geht, alte Strukturen zu halten, alte Besitzstände zu verteidigen, sondern daß eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik notwendig ist, die die gesamten Entscheidungswege in der Bundesrepublik Deutschland, die veraltet sind, modernisiert und die - da sind wir auf Ihrer Seite oder Sie auf unserer Seite oder wir alle auf einer Seite - auf neue Märkte, auf neue Produkte, auf neue Verfahren und auf eine neue Außenwirtschaftspolitik setzt.

Dazu müssen und können wir gemeinsam beitragen. Es sind mindestens drei liberale Schlüsselworte, die für diese neue Politik Prinzipien darstellen: Das eine heißt Liberalisierung, das zweite Flexibilisierung und das dritte Privatisierung.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D)

Trotzdem - Herr Farthmann, Sie haben einige Vorschläge zur Steuerpolitik gemacht - muß man sich die Frage stellen, ob es eigentlich noch der richtige Weg ist, überall Steuererhöhungen zu verlangen. Sie haben zu Recht gesagt - dahin stimme ich mit Ihnen überein -: Es kommt darauf an, die Arbeit zu entlasten. Es kommt vor allen Dingen auch darauf an, Intelligenz und Kreativität und Phantasie in der Forschung zu entlasten und zu fördern. Das macht es vielleicht auch notwendig, daß die SPD ihre Steuerpolitik überdenkt, so wie wir auch.

Sie haben die Arbeitszeitverkürzung genannt. Die Vier-Tage-Woche mag ein Modell für einen Betrieb sein. Es gilt nicht überall, vor allem gilt es nicht für kleine und mittlere Unternehmen, denn die können sich solche mechanischen Arbeitszeitverkürzungen einfach nicht leisten.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Dr. Rohde [F.D.P.]

(A)

Deshalb ist es interessant, darüber nachzudenken - Sie haben das auch angesprochen -, wie nach dem früheren Prinzip, das doch unsere Gesetzgebung so bestimmt hat wie kein anderes, nämlich dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, ganz neue Formen der Einteilung der Welt notwendig sind, wobei sicherlich Intelligenz und unternehmerisches Können, wo auch überall, eine besondere Rolle spielen.

Ohne Ihnen, Herr Farthmann, den Vorwurf zu machen, Sie hätten zu wenig zur Landespolitik gesagt, muß ich jedenfalls etwas zur Landespolitik sagen, denn ich glaube, das ist notwendig. Nachdem Herr Linssen dieses Thema intoniert hat, fange ich damit an, daß der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens Nordrhein-Westfalen, Herr Rau, Aufsichtsratsvorsitzender der Konzernholding Bundesrepublik Deutschland werden will, was dem Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens Bundesrepublik Deutschland ganz und gar nicht gefällt.

Der Bundeskanzler hat dem Ministerpräsidenten ja Fehler in der Beurteilung der richtigen und notwendigen Maßnahmen bei der Herstellung der deutschen Einheit vorgeworfen. Dabei kann ich als Liberaler nur sagen: Wenn es darauf ankommen sollte, dann muß man der historischen Wahrheit zuliebe feststellen, daß die einzige Partei, die keine oder kaum Beurteilungsfehler in der Ostpolitik oder Wiedervereinigungspolitik gemacht hat, die F.D.P. ist. Sie hat als einzige Partei die Ostverträge, Herr Linssen - die Ostverträge, Herr Linssen, die Ostverträge, Herr Linssen -

(B)

(Lachen des Abgeordneten Dr. Linssen
[CDU] - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Warum sagt er das dreimal? Hat die Platte einen Sprung?)

ebenso unterschrieben wie den NATO-Doppelbeschluß. Was die Wiedervereinigung angeht und damit die Bereitschaft, auf gewaltsame Grenzveränderungen zu verzichten - mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze -, erinnere ich mich nicht, daß die CDU in irgendeiner Weise dabeigewesen wäre, es sei denn, mit der Stimmenthaltung von Herrn von Weizsäcker.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

(C)

Also, spät kommt ihr, doch ihr kommt. Aber liberale Politik mußte vorgehen, im Bündnis mit der SPD. Wenn es danach ginge, keine oder möglichst wenig Fehler gemacht zu haben, müßte die F.D.P. daher den Bundespräsidenten stellen. Unser Problem ist allerdings, daß wir wissen, daß wir richtig lagen und liegen, aber noch nicht alle Leute das wissen.

Wie dem auch sei und wer auch immer Bundespräsident wird - der Bundeskanzler, Herr Ministerpräsident, hat jedenfalls in einem wichtigen Punkt recht: Wer sich scheut, der Wahrheit ins Auge zu blicken, hat es schwer, gute Politik für sein Land zu machen.

Das Erfassungsstelle-Salzgitter-Bonbon, das Ihnen der Bundeskanzler ans Revers geklebt hat, müssen Sie ganz schön mit NRW-Orden überdecken. Wer die Augen verschließt, kann die Wahrheit nicht richtig erkennen. Ich erinnere mich noch ganz genau: Als ich zusammen mit Hagen Tschoeltsch nach dem Besuch der Staatsanwaltschaft in Salzgitter zurückkam und wir Sie und Ihre Regierung aufforderten, wenigstens das schlimmste Unrecht in der DDR zu registrieren, weigerten Sie sich, ein paar tausend Mark dafür einzusetzen. Herr Trinius, Sie erinnern sich sicherlich noch genau an die Diskussion, ganz zu schweigen von den unsinnigen Äußerungen des Justizministers.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: An die Auffassung von Herrn Kinkel erinnere ich mich ebenfalls!)

(D)

Da habe ich mir immer gedacht: Mein Gott, warum muß eigentlich der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Johannes Rau, seine GVP-Vergangenheit, die ihn ja auszeichnet, so in die Ecke stellen, so verbergen?

Herr Vorstandsvorsitzender des Unternehmens NRW: Wie sieht denn eigentlich ohne Salzgitter-Scheuklappen die Bilanz für Nordrhein-Westfalen aus? - Sicherlich gilt für das Unternehmen Nordrhein-Westfalen, was ein bekannter Träger des Nordrhein-Westfalen-Ordens, Professor Karl Zimmerer, in seinem Jahresbericht schreibt:

Es bekommt keinem Unternehmen gut, auf lange Zeit steigende Umsätze und Gewinne zu erzielen.

(Dr. Rohde [F.D.P.]

(A)

Mit Sicherheit meint er damit auch die SPD-Anteile bei den letzten Wahlen.

Er sagt weiter:

Man wirtschaftet traditional, nicht mehr rational, schenkt den Kosten weniger Aufmerksamkeit. Plötzlich erkennt man aus den vorgelegten Zahlen, daß das Unternehmen, so wie es ist, nicht ohne einschneidende Maßnahmen in die Zukunft zu führen ist.

Das haben Sie, Herr Vorstandsvorsitzender der Nordrhein-Westfalen AG, sicherlich auch begriffen: Die Kosten sind Ihnen aus dem Ruder gelaufen. Sie haben vergessen, staatliche Dienstleistungen in Umfang, Organisation und Finanzierbarkeit zu überprüfen und beim Personal nicht genügend gespart, sondern sind immer Vollaft gefahren. Ihr Unternehmen ist zu langsam und zu wenig effektiv. Alle erkennen aus den Zahlen: Ohne einschneidende Maßnahmen ist die Zukunft - Farthmann hat völlig recht - nicht zu bewältigen.

(B)

Wenn wir uns die dramatische Rationalisierung in den Betrieben des Landes, die alle versuchen, produktiver zu arbeiten, ansehen: Nordrhein-Westfalen kann sich von dieser Entwicklung der Betriebe nicht ausnehmen, weil nicht nur in den Betrieben, sondern auch im Nordrhein-Westfalen-Staat vieles zu teuer und zu unwirtschaftlich ist. Herr Ministerpräsident, bisher haben Kosten die Sozialdemokraten wenig aufgeregt. Sie können von den Betrieben im Lande Nordrhein-Westfalen nur lernen.

Zimmerer sagt weiter:

Die Geschäftsleitung, die das Unternehmen unbeabsichtigt in die Verlustzone geführt hat, muß wenigstens zeitweise abgelöst werden.

Ich wüßte schon, wie eine wenigstens zeitweise Ablösung aussehen müßte. Herr Ministerpräsident, wenn ich auch Ihre Fähigkeit, wie Karl Zimmerer es so schön beschrieben hat, zu weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen, nämlich Pressekonferenzen, Kundengespräche, Betriebsversammlungen und Berichte, hochschätze, meine ich, daß Zimmerer recht hat: "Ein Workoholic als Sanierer ist erfolgreicher als ein

(C)

Mann, der die Hälfte seiner Zeit für PR verwendet." Das gilt für Unternehmen, das gilt auch für das Land Nordrhein-Westfalen.

Herr Farthmann hat das eben auch erwähnt: Wo ist eigentlich der Sanierungsplan für die Finanzen in Nordrhein-Westfalen? Jedenfalls sind die Schulden, seitdem Sie das Ruder in der Hand halten, kräftig gestiegen - ob man nun 1980 oder 1981 als Basisjahr nimmt. Heute liegt der Schuldenstand bei 112 bis 113 Milliarden DM. Herr Rau, zwei Drittel davon gehen auf Ihre Rechnung. "Rechnung" ist nicht ganz seriös, weil darin auch die Leistungen für die Bürger einbezogen sind. Aber die Rechnung stimmt. Die Zinslastquote von 9,9 % stimmt auch, und sie ist unter den Flächenländern gewaltig hoch, so daß man der SPD-Fraktion und dem Kabinett nur wünschen kann: Unterstützen Sie stärker den Finanzminister, der die Zinslastquote zu senken versucht.

Herr Ministerpräsident, Sie wissen als Vorstandsvorsitzender der NRW AG auch, welche Haushaltsrisiken in den nächsten Jahren auf uns zukommen: Verpflichtungsermächtigungen, Versorgungsbezüge, Pensionen. Nur: Wo sind die Konsequenzen? Wo wird das in den Sanierungsplan eingestellt?

(D)

Sie wissen wie ich aus eigenem Mittun, daß die Geburtenzahl seit 1985 zunimmt. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre wird bis zum Ende des Jahrtausend um 300 000 steigen. Das erfordert natürlich zusätzliche Investitionen für Kindergärten, Schulen, Universitäten und Personal. Wo ist das berücksichtigt? Wo ist das eingestellt? Jeder Hausvater berücksichtigt das; jedes Unternehmen berücksichtigt das. Im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen finden wir nichts davon. Jedenfalls ist es keine Lösung, daß man politische Versprechen weiter versucht zu halten oder auf dem Papier hält, die aber nicht zu halten sind.

Wir haben uns häufig über unsere Kinder in der Schule unterhalten. Bisher hatte ich immer über meinen Sohn Philipp gesprochen; jetzt nenne ich meine Tochter Ina. Die bekommt Erdkundeunterricht aus einem Buch, in dem die DDR ebenso wie die SED oder die selbständige politische Einheit West-Berlin noch existieren. Wir lesen da: "Berlin, die geteilte Stadt", "Grenzsoldaten der DDR", "Transitstraße",

(Dr. Rohde [F.D.P.]

(A)

"das sozialistische Leben in der DDR". Oder - Zitat, heute morgen noch nachgelesen -:

Mit 14 Jahren werden die Jugendlichen in die Freie Deutsche Jugend, die einzige Jugendorganisation der DDR, übernommen. Mit dem Pioniergruß "Seid bereit, immer bereit!" bekennen sie sich zur DDR, zur Freundschaft mit der Sowjetunion, zu Einhaltung von Geböten wie Fleiß, Disziplin, Ordnung und anderes mehr.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist Geschichtsunterricht!)

Muß das eigentlich so sein? - Ich glaube, es hat früher nicht gestimmt, es stimmt heute nicht, man sollte es schnell ändern. - Ein Erdkundebuch!

(Beifall bei der F.D.P.)

Insoweit stellt sich natürlich die Frage, wie das auch für andere Versprechen gilt, warum Schulbücher bürokratische Lizenzierungsverfahren über sich ergehen lassen müssen, bis sie zugelassen sind, aber, nachdem sie zugelassen sind, sich keiner mehr darum kümmert, ob sie nicht veraltet sind. Oder ist es nicht notwendig - was der Bundeskanzler immer beschwört -, sich um dessen Erkenntnis zu kümmern, die heißt: Man muß auch schauen, was hinten herauskommt?

(B)

Entscheidend: Wieso verspricht die Regierung Schulgeldfreiheit, wenn dieses Versprechen nur auf der Basis veralteter Standards gehalten werden kann? Man muß eine Politik schon ehrlich machen, und - Herr Farthmann hat es eben gesagt; ich hoffe, daß sich die Erkenntnis auch in die Tat umsetzt, auch bei Ihnen, Herr Ministerpräsident - man muß schon mehr auf seinen Aufsichtsrat, auf seine Hauptversammlung, die Gremien hören, in denen die Opposition sitzt. Denn was nützt die intelligenteste Opposition - und ungewöhnlich intelligent sind wir schon -,

(Heiterkeit bei der SPD)

wenn die Regierung auf ihren Ohren sitzt, die Augen schließt, die Lippen zusammenpreßt und so tut, als wisse sie alles selbst in dem Bewußtsein, daß die

Realität doch selbst schuld sei und sich den Sollvorstellungen der SPD nicht fügt.

(C)

Deswegen einige unserer Vorschläge vom Finanzmanagement, die alle nicht realisiert worden sind, von denen man noch eine ganze Menge realisieren kann.

1986 - Liberale: Entschuldungsstopp. Ministerpräsident: keine Notwendigkeit.

1987: Deadline für Kredite und Höchstverschuldungsgrenzen - doch, Herr Farthmann, nicht von der Regierung festgelegt, sondern einmal vom Parlament vorgelegt, damit man sich wenigstens einmal um das Ganze kümmert, seine demokratische Verantwortung als Parlament vor dem Steuerzahler wahrnimmt und nicht wie jetzt in den Einzelheiten untergeht.

Oder: Alleinverantwortung des Finanzministers für die Finanzplanung unter Einbeziehung der Konzeption einer künftigen Personalpolitik. Wo ist die gesonderte Prognose der Versorgungslasten? Wo sind die Prognosen zur Höhe der Subventionen? Wie sieht es aus mit der Privatisierung öffentlicher Aufgaben, dem verstärkten Einsatz privaten Kapitals, mit der Verlagerung von Aufgaben nach draußen, der Delegation?

Oder: Die CDU hat heute einen solchen Antrag gestellt - wir haben das schon häufiger angemahnt - zur Reform des Haushaltsrechts, der Einführung von Controllingverfahren, Bonus/Malus-Regelungen, Sparbeauftragte für jedes Ressort, Befristung von Leistungsgesetzen.

(D)

Da wir Herrn Farthmann ernst nehmen, wissen wir also, was alles wir im nächsten Jahr tun können, um das Haushaltsrecht zu straffen und moderner zu gestalten und dem privaten Controllingverfahren in den Unternehmen anzugleichen.

Warum gibt es keine Bindung der Kreditaufnahme an ökonomische Parameter? Wenn man das mit Unternehmen bespricht und sagt, daß es - mit Ausnahme dieser etwas merkwürdigen Verfassungsgrenze, bezogen auf Investitionen - überhaupt keine Bindung gibt, können die das nicht glauben.

(Dr. Rohde [F.D.P.]

(A)

Wir haben also meines Erachtens genügend Reformbedarf, um das Haushaltsrecht, um die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung wahrzunehmen und gegenüber der Bevölkerung für das geradzustehen, was wir hier tun.

Es gibt auch keine Prioritäten für die Zukunftssicherung, nicht für die Schule, die Weiterbildung, die Hochschule, die innere Sicherheit! Alles wird gleichmäßig gehandhabt; aber wir können uns diesen Weg nicht mehr leisten. Es kommt auf Prioritäten und damit natürlich auch auf Nachrangigkeiten an.

Sie aber, Herr Ministerpräsident, wollten oder konnten das nicht sehen. Das war auch der Grund, warum wir Sie heute nicht in den Düsseldorfer Tunnel entlassen wollten;

(Lachen des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

denn dann hätten Sie mit Sicherheit gerufen: Ich sehe Licht am Ende des Tunnels! Und die Leute hätten Ihnen auch noch recht gegeben! Aber, Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie das Licht am Ende des Tunnels sehen und die Leute Ihnen auch noch recht geben - das ist nicht das Licht, das Nordrhein-Westfalen braucht! Wir brauchen ein anderes Licht, nämlich den Spot auf die Kosten Ihrer Politik!

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Man muß sich auch fragen - wir sehen ja, wenn wir uns in den Verwaltungsgremien mit Vorschlägen für "lean management" treffen, daß dort immer die Staatssekretäre vertreten sind -, ob es nicht wie in Unternehmen auch Chefsache sein muß, Prioritäten zu setzen, Nachrangigkeiten festzulegen, Controlling vorzunehmen. Im Grunde müßte auf jeder Kabinettsitzung an der Spitze der Tagesordnung stehen: Der Haushalt muß saniert werden. Wenn das nicht der Fall ist, muß er sozusagen zwangsläufig außer Kontrolle geraten.

Deswegen, Herr Ministerpräsident: Sie haben in den letzten Jahren zu viele Verträge zu Lasten Dritter abgeschlossen!

Natürlich sind auch einige kritische Worte an unsere eigene Adresse im Hohen Hause zu richten. Wir

haben in diesem Jahr versucht, eine neue Methode zu praktizieren: die qualifizierten Minderausgaben. Ich weiß, daß das Herrn Busch von den GRÜNEN in besonderer Weise aufgeregt hat; denn er hat ja an dreißigtausend Einzelanträgen gestrickt. Nur, Herr Kollege Busch: Fleiß ersetzt eben nicht Intelligenz!

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber Intelligenz auch nicht Fleiß!)

Herr Farthmann, wahrscheinlich ist auch deswegen - das haben Sie vollkommen zu Recht gesagt - die zweite Lesung so entsetzlich langweilig geworden, weil man sich über Sinn und Unsinn von Einzelpositionen unterhält und das Ganze aus dem Blick gerät. Es kommt einem ja immer so vor, als wenn wir uns in der Lage von Heizern befänden, die sich über die Temperatur des Kessels streiten, während die Titanic in vollem Kurs auf den Eisberg fährt. Wenn zu viele unter Tage arbeiten, dann sieht man eben relativ wenig. Wie gesagt: Fleiß ist keinem abzusprechen; aber irgendwie fehlt die Übersicht, und wir brauchen ganz neue Methoden, das Gesamte nicht aus dem Blick zu verlieren.

Jedenfalls, egal wohin, lieber heute als morgen; aber immer die Spendierhosen an - diese Politik der SPD ist gescheitert. Herr Farthmann hat das eben noch einmal zum Ausdruck gebracht, und deswegen hätten wir besondere Sympathie für einen Minister, falls es ihn denn geben würde - wir würden dem auch zustimmen -: den Minister für die Sanierung des Haushalts.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber es gibt weitere Widersprüche gegen die Politik im Lande. Wir haben darüber in der letzten Woche debattiert: Stahlkrise. Das macht deutlich, daß man nicht länger zwischen guten und bösen Subventionen unterscheiden kann: die guten für die Kohle und die bösen für den Stahl oder die bösen in Niedersachsen, Bremen oder Brandenburg und die guten in Nordrhein-Westfalen. Weil in Brüssel eben das Prinzip der Einstimmigkeit herrscht, kann dort jeder zusammenkochen, was er will, bringt jeder Verstoß gegen das Ordnungsprinzip "Wettbewerb" bei uns andere Verstöße mit sich, ob das nun für Italien oder Frankreich, für Bremen, Niedersachsen oder Brandenburg gilt.

(C)

(D)

(Dr. Rohde [F.D.P.]

(A)

Gefragt sind also eine neue Ordnungspolitik mit sicheren Rahmenbedingungen und keine Verstöße durch Subventionen, die sowieso ein Unternehmen nur für eine kurze Zeit vor dem internationalen Wettbewerb schützen. Um so schlimmer ist dann das Erwachen, weil künstliche Subventionen gegen den Wettbewerb nichts bringen, nur zu Katastrophen oder zu einer Verlangsamung des Strukturwandels führen, wie wir das hier in Nordrhein-Westfalen wissen und leidvoll erfahren haben.

Trotzdem können wir sagen, und das ergibt sich auch aus allen Gesprächen mit Stahlindustriellen: Die deutsche Stahlindustrie kann wettbewerbsfähig werden. Nordrhein-Westfalen bleibt ein Standort für die Stahlindustrie. Dennoch: Wenn nicht in neue Technologien investiert, wenn nicht wesentlich abgeschlankt wird, werden wir uns auch im verfälschten Wettbewerb nicht so behaupten, gegen den wir wie Sie sind. Es darf keine Subventionen geben, insbesondere nicht aus dem Ausland. Unsere Chance liegt nur in neuen, intelligenten Produktionsverfahren und in neuen Märkten. Es muß mehr, wie schon zu Beginn gesagt, liberalisiert und flexibilisiert werden.

(B) Herr Ministerpräsident, auch die Feststellung müssen Sie sich gefallen lassen: Sie haben zu viele Regierungserklärungen zur Lage der Kohle, zur Lage des Stahls abgegeben. Es rächt sich jetzt, daß Sie keine Regierungserklärung zur Lage der Automobilindustrie, der Chemie, der Entsorgungswirtschaft abgegeben haben. Sie hatten zuviel Vergangenheit im Blick und zuwenig Zukunft.

Vor einigen Tagen haben wir Ihre Äußerung gelesen, heute seien nicht länger die Großunternehmen, sondern 520 000 kleinere und mittlere Unternehmen die bestimmenden wirtschaftlichen Kräfte. - Warum diese goldenen Worte erst im 15. Jahr Ihrer Amtszeit?

(Beifall bei der F.D.P. - Ministerpräsident Dr. Rau: Das habe ich vor zehn Jahren auch schon gesagt. Das habe ich immer gesagt!)

- Ja? Es wäre gut, Sie hätten das auch praktiziert, hier häufiger wiederholt und in Ihren Regierungserklärungen deutlich gemacht.

(C)

Daß kleinere und mittlere Unternehmen wichtiger sind, darüber werden wir ja im nächsten Jahr sicher dann diskutieren müssen, wenn Sie uns wieder mit Subventionen wegen der Lage der Kohle und des Stahls kommen. Dann werden wir Sie an diese doch alten Erkenntnisse erinnern und sie für neue Politik mit entsprechenden Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen einklagen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, wir werden Sie auch daran erinnern, daß es nicht allein um das Ruhrgebiet geht. Es geht um die Eifel, das Rheinland, das Siegerland und das Sauerland. Wir wollen Chancengleichheit für alle Regionen im Lande, auch Chancengleichheit für alle Branchen und Chancengleichheit für alle Betriebe, ob groß oder klein, ob montan- oder in anderer Weise mitbestimmt.

Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen - kürzere Genehmigungsverfahren. Warum dauern sie nur so lange? Warum waren sie so lange nicht Chefsache des Ministerpräsidenten? Warum geht es immer so zögerlich? Man muß manchmal auch an der Spitze der Truppe marschieren, kann sich nicht entlasten, indem man - wie das Herr Farthmann eben wieder gesagt hat - immer alles auf Bonn abschiebt. Irgendwie muß einen das ja auf Dauer anöden, vor allem wenn man selbst dorthin möchte. Also: Das Böse aus Bonn, das Gute aus Düsseldorf - das kann sich ja schnell umkehren, so oder so.

(D)

Als wir jedenfalls kürzere Genehmigungsverfahren immer wieder einforderten, immer wieder gesagt haben, der Staat muß schneller arbeiten, es darf nicht so lange dauern, war es der Triumphgesang des Kabinetts, das in umfangreichen Untersuchungen festgestellt hatte, daß es in anderen Ländern auch so lange dauerte. Warum ist eigentlich keiner auf die Idee gekommen zu sagen: Wir tun das, was die F.D.P. will. Bei uns soll es etwas schneller gehen? Das ist doch der Grundsatz, den wir wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das erinnert mich an den Witz, Herr Ministerpräsident, den uns Norbert Blüm immer erzählt. Dabei geht es um die zwei Jockeys, von denen der eine

(Dr. Rohde [F.D.P.]

(A)

erzählt, sein Pferd und er tränken vor dem Start immer einen Eimer Bier. Der andere frage: Warum seid ihr eigentlich so schnell im Rennen, daß ihr gewinnt? - Nein, sagt darauf der andere Jockey, wir sehen beim Start immer besonders fröhlich aus.

Fröhlich aussehen genügt nicht. Wir wollen, daß Nordrhein-Westfalen wieder gewinnt.

Ich sehe mir dazu nur einmal einen der letzten Anträge an: Nordrhein-Westfalen will das Bauen beschleunigen und billiger machen. - Das erzählt die zuständige Bauministerin. Das SPD-Forum zu diesem Thema, Herr Farthmann, erkennt: Holland macht es vor, daß Hausbau nicht teuer sein muß, Umdenken gefordert ist.

Das ist völlig richtig. Nur: Wenn wir drei Tage zuvor aus Holland zurückkommen und sagen, man könne von den Holländern lernen - laßt uns drei Musterstädte bauen, laßt uns überall Experimentierklauseln einführen! -, besteht immer große Skepsis.

Sie könnten sich wirklich auf die intelligenten Vorschläge der F.D.P. verlassen.

(Lachen der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(B)

Wat de boer niet kent, dat vreet hij niet! Sie sollten offener für Anregungen aus der Welt sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Schlankerer Staat! Gott sei Dank haben wir die Kommission. Gott sei Dank sind wir uns darin einig, daß kommunale Standards entschärft werden müssen. Es gibt also einen Lichtblick in den Tunnel, den ich für die Ruhrkohle empfohlen habe, und ein weiteres Lichtlein bei der Gemeindeordnung.

Herr Farthmann, Sie haben darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, neue Märkte zu schaffen, neue Produkte zu entwickeln, zu einer neuen Außenwirtschaftspolitik zu kommen. Sie haben gesagt, wir könnten uns als modernes Industrieland nur mit Qualitätsprodukten Made in Nordrhein-Westfalen oder Made in Germany durchsetzen.

(C)

Deshalb kann ich doch Ihrer Politik nur in besonderer Weise die Schul- und Wissenschaftspolitik empfehlen. Denken Sie einmal darüber nach, ob es nicht notwendig ist - wir haben halten es für notwendig -, das bisherige Haupt-, Real- und Gesamtschulwesen durch eine neue Praxisschule zu ersetzen, die uns genau diese Fähigkeiten bringt, auf die wir angewiesen sind, um uns im internationalen Wettbewerb zu behaupten.

Der SPD wäre wirklich zu raten, alte ideologische Zöpfe abzuschneiden, insbesondere in der Schul- und Hochschulpolitik.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich möchte zum Schluß noch etwas zu einem Ihrer tatentschlossensten Minister sagen. Herr Ministerpräsident, ich hatte gelesen, Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen habe vor der SPD gesagt, der Staat müsse handlungsfähig gemacht werden, um Verbrechen konsequent bekämpfen zu können.

Vor diesem Hintergrund wäre es sicherlich notwendig und auch zweckmäßig, sich einen Innenminister zuzulegen, der sich nicht ständig zu Lasten nachgeordneter Behörden entlastet,

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Abenteuerlich!)

(D)

deren angebliche Selbständigkeit er beschränkt, statt sie zu garantieren. Herr Innenminister bzw. Herr Ministerpräsident: Von Verantwortung redet man nicht. Die muß übernommen werden. Darauf hätten Sie einmal achten sollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe natürlich das, was Hans-Peter Thelen weiter über den Auftritt Verheugens geschrieben hat, nachgelesen. Herr Farthmann, nach dem Verheugen-Auftritt habe er sich ungläubig die Augen gerieben. Dann heißt es:

Es war wirklich so, als wenn Friedhelm Farthmann selbst geredet hätte.

(Abgeordneter Linssen [CDU]: Ja. - Lachen des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

(Dr. Rohde [F.D.P.]

(A)

Ich kenne beide gut, den einen wesentlich länger als den anderen, sozusagen seit der Schulzeit. Wenn Verheugen schon so redet wie Farthmann und Farthmann wie Verheugen, wenn also zwei so unterschiedliche Politiker nicht mehr zu trennen sind, welche unglaubliche Wirkung hat die liberale Ölung dann auf die SPD!

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P. - Lachen bei der SPD)

Ich hoffe natürlich auch, daß andere liberale Sprengsätze ihre Wirkung auf die SPD nicht verfehlen werden. Um die CDU zu beruhigen: Damit meine ich natürlich nur Vorschläge, die auf der politischen Vernunft der Liberalen gewachsen sind. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Vesper.

(B)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Vorredner Herr Farthmann und Herr Rohde haben schon recht: Es wird nichts mehr so sein, wie es einmal war - besonders vor dem Landtag. Die Autos sind - scheinbar - weg. Sie fahren unter dem Asphalt, und über dem Asphalt wächst die Wiese des Rheinparks.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Daß die Stadt Düsseldorf den Tunnel ausgerechnet heute eröffnet, paßt, finde ich, gut zu unserer Debatte, denn der Tunnel wird mehr und mehr zu dem politischen Symbol dieses Jahrzehnts.

Man stellt sich nicht mehr den großen Problemen. Nein, man taucht ab und versucht, sie unterirdisch zu umgehen. Steht das ganze Ruhrgebiet im Stau, bietet die Ruhrkohle an, darunter einen Tunnel zu graben - als wäre damit schon das Verkehrsproblem gelöst. Türmen sich Probleberge vor einem auf, dann gräbt man sich darin ein. Die Reste unseres Wohlstands, der Müll, soll unter die Erde verfrachtet werden nach

dem Motto "Vergraben und vergessen" oder "Aus den Augen, aus dem Sinn".

Jeder politische Engpaß führt heute zu dem Plan, einen neuen Tunnel zu bauen - mal tiefer, mal länger.

Das gilt auch für den Haushalt, den wir heute in dritter Lesung beraten. Er bietet keine wirklichen Lösungen; er ist getragen von der Illusion, die Probleme, vor denen Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus unsere ganze Gesellschaft stehen, untertunneln zu können.

Es fehlt die zündende Konzeption, der Leitgedanke, der den Einsatz von immerhin 83 000 Millionen Mark öffentlicher Mittel erst zur gestaltenden Politik macht. Dabei bräuchte unsere Gesellschaft dringend eine klare Perspektive darüber, wie dieses Land vor einem langfristig verhängnisvollen ökologischen Rückschritt und einer gefährlichen sozialen Krise zu bewahren ist, die uns allen, eh' wir's uns versehen, den Boden der Demokratie unter den Füßen wegziehen könnte.

Auf diese Fragen gibt der Haushalt keine Antwort. Seine Botschaft lautet: Kapitulation vor den großen Zukunftsaufgaben -, weiterwurschteln wie bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Den Sozialhaushalt fahren Sie, gemessen am Gesamtetat, zurück, obwohl hier ein Schlüssel dafür liegt, der Vertreibung von immer mehr Menschen in die Armut entgegenzuwirken und rechte Protesthaltungen von Jugend an zu verhindern. Auf die dramatischen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und die zunehmende Zahl von Sozialhilfeempfängern antworten Sie mit einer realen Senkung der Ausgaben für diesen Bereich. In ihren Wahlprogrammen rückt die SPD die Arbeitsmarktpolitik ins Zentrum. Hier in NRW, wo sie regiert, kürzt sie die dafür vorgesehenen Mittel. Das sind die Widersprüche, Herr Farthmann, die Politikverdrossenheit hervorrufen und verstärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An vielen Stellen kappen Sie selbst kleine Zuschüsse, die Initiativen helfen, aktiv für Völkerverständigung und gegen Fremdenfeindlichkeit zu arbeiten. Eines von vielen Beispielen ist das Kölner Arkadas-Theater,

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A)

das zugunsten einer Förderung des türkischen Staatstheaters im kommenden Jahr leer ausgehen soll.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Das stimmt nicht!)

Geschenke geben Sie anderen: Die Mittel der Wirtschaftsförderung setzen Sie nicht ökologisch steuernd ein, sondern verteilen sie nach Gutsherrenart.

- Frau Kollegin Rauterkus, wenn Sie sich in Ihrer Fraktion nicht durchsetzen können, ist das Ihr Problem. Aber wir müssen solche Fragen hier ansprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Sie sind nicht im Kulturausschuß!)

Ihren historischen Tiefstand seit zehn Jahren erreichen die Ausgaben, die der Erhaltung unserer Umwelt gewidmet sind. Gleichzeitig werden Milliardenbeträge für neue Straßen und neue Tunnel vergeudet. In der Energiepolitik wollten Sie, so kündigten Sie vor dreieinhalb Jahren in Ihrer Regierungserklärung an, Herr Rau, "neue Perspektiven" schaffen. Doch das Programm "Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen", das Sie auszubauen versprochen, ist bis heute Ihr landespolitisches Stiefkind geblieben.

B)

(Abgeordneter Hemker [SPD]: Da muß man ein bißchen tiefer gucken!)

Im Kern passen Sie sich mit Ihrem Haushalt den Konzepten der Bundesregierung weitgehend an. Das hat ja auch Herr Farthmann in seiner Rede deutlich gemacht. Er gießt hier die dicke Harmoniesoße über alle Konflikte und unterschiedlichen Meinungen zum Haushalt aus.

Sie setzen keinen Kontrapunkt zu Bonn, der im Interesse der "kleinen Leute", deren Schutzmacht Sie doch sein wollen, angesichts der falschen Umweltpolitik der Koalition und ihrer brutalen Wirtschaftspolitik, die zur höchsten Arbeitslosigkeit in der Nachkriegsgeschichte geführt hat, dringend notwendig wäre. Sie geben kein Signal des Aufbruchs.

(C)

Herr Ministerpräsident, es wird ja gern das Bild gebraucht, daß Sie über den Wolken schweben, Sie seien innerlich gar nicht mehr hier. Tatsächlich sind Sie abgetaucht; Sie suchen irgendwo nach dem Tunnel, der zur Villa Hammerschmidt führt. Ich persönlich wünsche Ihnen beim Graben dieses langen Tunnels ja viel Glück und Erfolg - es ist bekanntlich Präzisionsarbeit erforderlich, damit man am Ende nicht knapp daneben auftaucht -, aber das Land Nordrhein-Westfalen braucht einen Ministerpräsidenten, der voll da ist und sich ins landespolitische Alltagsgeschäft einmischt, gerade jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Arentz [CDU])

Und stellen Sie sich einmal vor, Herr Rau, was ist, wenn's nicht klappt. Das könnte trotz vielfältiger Unterstützung ja sein.

(Ministerpräsident Dr. Rau verzieht das Gesicht.)

Auf die F.D.P. würde ich nicht allzu fest bauen. Sie ändert ihre Meinungen zu häufig. In diesem Fall würde ich mir lieber verlässlichere Partner suchen.

Was passiert also, wenn es nicht klappt? - Dann müssen Sie plötzlich ganz schnell ein paar ganz unangenehme Entscheidungen treffen. Weniger als ein Jahr vor der Landtagswahl haben Sie dann keine Ausrede mehr, sich vor der seit langem - vor allem Herrn Farthmann - versprochenen Kabinettsumbildung heranzudrücken.

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ich habe nie eine versprochen!)

- Doch, Herr Rau,

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein!)

Sie haben geschickterweise nur den Zeitpunkt offengelassen.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein!)

Aber das wird ja wohl nicht drei Tage vor der Landtagswahl sein. Dann lohnt sich eine Kabinettsumbil-

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A)

dung nicht mehr. Jedenfalls gibt es für Sie als großem zaudernden Versöhner viel zu tun.

(Abgeordneter Hemker [SPD]: Nicht soviel spekulieren!)

Wissen Sie, ich stelle mir das für Sie ganz fürchterlich vor, wenn Sie bei Ihrem Tunnel so knapp neben der Villa Hammerschmidt herauskommen. Statt Staatsgäste aus aller Welt zu empfangen und wunderbare Reden zu halten, müssen Sie sich dann doch weiter mit dem soundsovielten Gesetz zur Änderung des Ersatzschulfinanzgesetzes und dem Verwaltungsabkommen über die Forschung auf dem Gebiet des Brandschutzes und Feuerwehresens herumschlagen.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Welche Horrorvision für den besten, den wahren und einzigen, aber eben den dann gescheiterten Bundespräsidenten! Ich wünsche Ihnen wirklich nicht, daß Sie jeden Tag vor dem Spiegel sagen müssen: Ich könnte das besser als der! - Oder sollte es eine "die" sein?

Wie Sie da gegebenenfalls herauskommen, ist Ihre Sache. Für uns ist von Belang, daß es in der Landesregierung, wie schon während der Dauer Ihrer Krankheit im vergangenen Jahr, ohne Ihre versöhnende Hand wieder drunter und drüber geht.

(B)

Dabei stehen wir vor dem "Superwahljahr" vor riesigen Herausforderungen. Ist es denn nicht beunruhigend, wenn - wie eine Umfrage des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung kürzlich ergeben hat - lediglich 5 % der Westdeutschen und sogar nur 1 % der Ostdeutschen glauben, in unserer Gesellschaft sei im großen und ganzen alles in Ordnung? Fast die Hälfte ist der Auffassung, daß wir vor einer Reihe von großen Problemen stehen. Gut ein Drittel sieht unsere Gesellschaft zur Zeit in einer schweren Krise, und immerhin 13 % beziehungsweise 9 % nehmen an, daß wir uns auf eine Katastrophe zubewegen.

Darin mag ein Schuß Schwarzseherei liegen. Trotzdem zeigt sich doch in solchen Zahlen, im Bewußtsein der Menschen über den Zustand unserer Gesellschaft, daß wir wirklich am Scheideweg stehen:

(C)

Schaffen wir es, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme zu lösen, ohne die Ausgrenzung von immer mehr Menschen hinzunehmen? Oder gehen wir das Risiko ein, durch weitere Scheinaktivitäten, durch die Eröffnung von noch mehr Tunneln die dringend notwendige Wende zu einem sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zu versäumen und damit die destabilisierten Kräfte von rechts zu stärken? Herr Farthmann, die rechtsextremen Kräfte kommen nämlich nicht von selbst. Sie sind zum Teil durch die Politik im Bundestag und auch in den Landtagen ermutigt worden. Dadurch sind sie überhaupt erst hochgekommen.

Darum müssen sich unsere Anstrengungen darauf richten, erstens das alles überragende Problem der Massenerwerbslosigkeit zu lösen, die mehr und mehr Menschen ins Abseits drängt, zweitens aber auch die Krise zu nutzen, um ökologisch umzusteuern und damit die wirtschaftliche Substanz langfristig zu sichern, und drittens dem Verdruß über die Politik und die Politiker entgegenzuwirken, indem wir die Ursachen ernst nehmen und sie abzustellen suchen.

Im nächsten Jahr, meine Damen und Herren, werden vier Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos sein, davon eine Million als Langzeitarbeitslose. Rechnet man diejenigen hinzu, die nicht offiziell arbeitslos gemeldet oder gerade in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beschäftigt sind, erhöht sich diese Zahl sogar auf sieben Millionen. Das ist doch die eigentliche Krise, vor der wir stehen, nicht die angebliche Kostenkrise der Unternehmen, von der Sie sprechen, Herr Farthmann.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine schlimme Wirklichkeit. Betroffen sind ja nicht nur die Arbeitslosen selbst. Betroffen sind ihre Familien, gerade die Jugendlichen und Kinder, ihre soziale und wirtschaftliche Umgebung. Betroffen sind auch diejenigen, die - noch - Arbeit haben; denn mit der Steigerung der Arbeitslosigkeit gerät auch ihre wirtschaftliche Sicherheit zunehmend ins Wanken. Das soziale Klima wird kälter, der Konkurrenzkampf härter. Jugendliche Fitneß, hohe Anpassungsbereitschaft und starke Ellenbogen gewinnen immer mehr an Bedeutung. Gefragt sind gewissermaßen olympiareife Leistungsträger,

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A)

keine Menschen mit Schwächen oder gar Behinderungen - die Leistungsgesellschaft frißt ihre Kinder.

"Wenn die Politiker einfach nachplappern, daß individuelle Leistung sich wieder lohnen muß, dann ist das angesichts der verfestigten Massenarbeitslosigkeit fast eine Form von Regierungskriminalität", sagt der Jesuitenpater Friedhelm Hengsbach. Und weiter: "Man kann doch nicht vor allem auf individuelle Tugenden setzen, wenn es um strukturelle Ungleichgewichte in der Wirtschaft geht." Seine Worte nicht nur in Gottes Ohr, sondern in das Ohr der regierenden Politiker!

Der soziale Brennstoff, der in der Massenerwerbslosigkeit steckt, ist hochbrisant. Wie können wir verhindern, daß er explodiert?

Der Weg, den meine Vorredner gewiesen haben, nämlich auf mehr Wachstum zu setzen in der Hoffnung, dadurch die Zahl der Arbeitsplätze beträchtlich auszuweiten, führt in die Sackgasse. Obwohl wir die längste Wachstumsphase der Nachkriegsgeschichte hinter uns haben, wurde die Zahl der Arbeitslosen während dessen nicht kleiner, sondern größer. Denn aufgrund der stetig zunehmenden Produktivität ist immer weniger menschliche Arbeit nötig, um ein Produkt herzustellen. Die arbeitsplatzschaffenden Effekte des Wachstums der 80er Jahre wurden daher durch die Produktivitätssteigerung "aufgefressen".

(B)

Das Schlimme ist: Die Bundesregierung weiß dies längst; sie nimmt die Massenerwerbslosigkeit aber bewußt in Kauf.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Nein!)

- Doch!

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Nein!)

- Ihre eigenen Institute, Herr Arentz, zum Beispiel das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, haben immer wieder gewarnt: Es gibt in Zeiten hoher Produktivitätsfortschritte keinen Automatismus, daß Wachstum Arbeitsplätze schafft. Nicht einmal ein Konjunkturaufschwung bietet in den kommenden Jahren Aussicht auf ein nachhaltiges Sinken der Ar-

beitslosigkeit. Die Dreimillionengrenze wird sie so jedenfalls nicht unterschreiten.

(C)

Aber auch aus ökologischen Gründen verbietet es sich, auf Wachstum als Lösungsformel für das Problem der Massenerwerbslosigkeit zu setzen, denn die Grenzen des Wachstums sind längst erreicht. Jedes Prozent Wachstum verursacht immense Folgekosten, die spätestens die uns nachfolgenden Generationen zu zahlen haben. Eine der schlimmsten Illusionen, die Politik und Wirtschaft vermitteln, ist die, daß wir mit ungezügelter Wachstumspolitik wieder Vollbeschäftigung erreichen könnten. Von dieser Illusion müssen wir uns gründlich verabschieden. Mit den Rezepten von gestern ist die Krise von heute nicht zu meistern.

Darum gibt es zu dem anderen Weg, nämlich die vorhandene Arbeit solidarisch auf mehr Schultern zu verteilen, keine seriöse Alternative. Eine einzige Zahl mag das verdeutlichen: Sämtliche Überstunden in Deutschland addieren sich gegenwärtig auf eine Summe, die rechnerisch einer Million Vollzeitarbeitsplätzen entspricht; mindestens ein Drittel davon könnte durch gesetzliche Maßnahmen ohne Kosten tatsächlich geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, eine Gesellschaft, die die einen im Übermaß zur Arbeit heranzieht und die anderen ganz ohne Arbeit läßt, vergeudet nicht nur Ressourcen, sondern nimmt schwere soziale Verwerfungen in Kauf.

(D)

((Beifall bei den GRÜNEN))

Arbeitszeitverminderungen in verschiedenen Varianten gehören ganz oben auf die politische Tagesordnung. Dabei geht es nicht nur darum, Produktivitätssteigerungen schrittweise in kürzere Wochenarbeitszeiten umzusetzen, sondern auch um die produktivitätsunabhängige Umverteilung der Arbeit.

Allein die Einführung des Rechts auf freie Wahl der Arbeitszeit, der "geschützten Teilzeitarbeit", könnte eine halbe Million Arbeitsplätze schaffen; der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda - Ihr Parteifreund, Herr Linssen -, hält sogar eine Zahl von 2,1 Millionen für möglich.

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Was aber tun Wirtschaft und Politik? Sie steuern in die entgegengesetzte Richtung. Die Bundesregierung lehnt jede Form der Arbeitszeitverkürzung nach wie vor ab. Die Landesregierung, auch nicht sehr viel besser, propagiert selbst den Abbau von Stellen; Arbeitszeitverkürzung ist für sie fast zu einem Tabuwort geworden. Wirtschaftsminister Einert setzt sich gar an die Spitze der Bewegung für mehr Nacht- und Sonntagsarbeit. Das ist für einen Sozialdemokraten skandalös, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deutlicher als das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) - das ist ja nun wirklich keine GRÜNEN-Denkfabrik - kann man das nicht kommentieren:

Wer eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit fordert in einer Zeit, in der viele Hunderttausende in Ostdeutschland zwangsweise mit 55 Jahren in den Vorruhestand geschickt werden, verwirrt und frustriert die Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche fordert in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit sprunghaft steigt und ein enormer Sockel an Langzeitarbeitslosen droht, setzt den sozialen Konsens aufs Spiel, der die Basis für den deutschen Erfolg in der Nachkriegszeit war.

(B)

Sagt das DIW!

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Dann gucken Sie mal genau hin!)

Meine Damen und Herren, wer heute die individuelle Arbeitszeit nicht nur nicht verkürzen, sondern sogar verlängern will, der muß doch dem politischen und ökonomischen Wahnsinn nahe sein.

Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung - das sind die wichtigsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir brauchen auch eine Offensive für

(C) neue Arbeitsplätze, mit denen neue Produkte und Märkte erschlossen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Hegemann [CDU])

Chancen dazu gibt es zuhauf. Neue umweltverträgliche Güter und Dienstleistungen, Technologien, die Umweltprobleme nicht erzeugen, sondern vermindern,

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Zum Beispiel?)

Entwicklung und Betrieb schonender Verkehrssysteme, eine Chemieproduktion jenseits chlorhaltiger Stoffe, abfallvermeidende Verfahren - all dies wären Ansätze für eine sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch nützliche Anti-Krisenpolitik.

(Abgeordneter Dautenberg [CDU]: Und für 6 Millionen Arbeitslose!)

Tatsächlich aber verschlafen wir wichtige Zukunftsmärkte.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Richtig, wir!)

(D) Fortgeschrittene Umweltschutztechniken wie Filter- und Entstickungsanlagen müssen aus Japan importiert werden, der Pendolino-Zug aus Italien. Obgleich viele alte Produkte längst nicht mehr halten, was sie versprechen, wird in Innovationen nur zögernd investiert. So wird das *Automobil* doch immer mehr zum *Autostabil*, das mehr steht als fährt.

(Zuruf von der CDU: Das ist euer Erfolg!)

Und doch schafft die Autoindustrie einfach so weiter, als sei der traditionelle Markt noch erweiterbar. Weder Produktion noch Produkte rüstet sie um. Das kleine, haltbare Auto, das zwei bis drei Liter verbraucht, wird einfach nicht gebaut, weil das Benzin immer noch so sagenhaft billig ist, daß keinerlei wirtschaftlicher Druck besteht.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das sagen Sie mal den Arbeitnehmern!)

(Dr. Vepser [GRÜNE])

(A)

Das sind politische Fehlentscheidungen, die dort getroffen wurden, und auch Managementfehlentscheidungen. Und wenn ich diese Versäumnisse sehe, meine Damen und Herren, dann frage ich mich manchmal: Warum gibt es eigentlich keine Managerverdrossenheit?

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Hemker [SPD]: Die gibt es ja schon!)

Statt überfällige Innovationen anzustoßen und zu fördern, befaßt sich die Landesregierung überwiegend mit der Verteidigung überkommener Produktlinien. Kohle und Stahl, so wichtig sie für die Identität und den Aufbau Nordrhein-Westfalens sind, befinden sich in einem Gleitflug, der nicht aufzuhalten sein wird, der aber sozial abzufedern ist. Statt ihre ganze Kraft dafür zu verbrauchen, sich dagegen zu stemmen, sollte die Politik stärker helfen, für die dort Beschäftigten frühzeitig Alternativen auf Zukunftsmärkten aufzubauen und Blockaden, die eine zukunftssträchtige, umfassende Ökologisierung von Produkten und Verfahren behindern, einzureißen.

Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens - jedenfalls ihre Verbandsfunktionäre - fällt in dieser Diskussion vor allem dadurch auf, daß sie auf sehr hohem Niveau schimpft und jammert. Ihr 10-Punkte-Katalog mit der knalligen Überschrift "Wirtschaftsstandort NRW in Gefahr - Handeln tut not!" vom Oktober dieses Jahres ist der durchsichtige Versuch, jede eigene Verantwortung für die gegenwärtige Krise wegzuschieben und die Schuld einseitig auf die sogenannten "Kostenfaktoren" zu verlagern - vor allem die Löhne und die Kosten durch Umweltauflagen. Leider, leider hat die Landesregierung - jedenfalls ihr Wirtschaftsminister - diesem peinlichen Papier der Wirtschaftsführer auch noch devot zugestimmt.

(B)

"Unternehmer werden zu Unterlassern, wenn sie weiterhin dieses Klagelied anstimmen", sagt dagegen Franz Dormann, Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, zu Recht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit den tatsächlichen Verhältnissen habe diese Jammerei nichts zu tun, denn der Industriestandort Deutschland stehe vergleichsweise exzellent dar.

Und wenn Sie, Herr Meyer, immer wieder das Bild bemühen, die Wirtschaft liege auf der Intensivstation, dann muß ich feststellen: Dieser Patient hat Züge eines Hypochonders. Solchen Kranken hilft es nicht, wenn man ihren Zustand bis ins Makabre dramatisiert; besser wäre es, ihnen Mut zu machen und sie von Einbildung und Unvernunft zu befreien.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehen wir uns die angebliche Kostenkrise doch näher an! Die hohen Lohnkosten hierzulande sind ein Popanz, den CDU und F.D.P. und vor allem die Wirtschaftsverbände aufbauen. In Wirklichkeit schneidet die Bundesrepublik im internationalen Vergleich ausgesprochen gut ab.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Aha!)

Dabei darf man natürlich nicht die absoluten Lohnkosten zugrunde legen, sondern muß sie in das Verhältnis zur Menge des geschaffenen Produkts setzen.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Eben, Produktivität!)

Also geht es um die Lohnstückkosten. Während die nordrhein-westfälische Wirtschaft deren "massiven Anstieg" beklagt, stellt das DIW in einem Vergleich ausgewählter Industrieländer von 1981 bis 1993 das genaue Gegenteil fest.

(D)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: 1981 war es aber auch besser!)

Danach haben die Lohnstückkosten in Deutschland "nur sehr schwach zugenommen" - das gilt bis heute, Herr Linssen -; in Landeswährung gerechnet liegen sie deutlich unter dem Durchschnitt.

"Dies zeigt zum einen", sagt das DIW, "daß ein Standortproblem Deutschlands aufgrund eines Mangels an preislicher Wettbewerbsfähigkeit als Folge überhöhter Lohnabschlüsse nicht zu erkennen ist, zum anderen kommt in diesem Ergebnis die Fragwürdigkeit einer forcierten Lohnsenkungsstrategie zum Ausdruck."

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ein klassischer Vogel Strauß!)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Das DIW ist Ihres Erachtens Vogel Strauß? Das ist ja sehr interessant.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

- Ich zitiere gerade, Herr Schauerte, das DIW, falls Sie es nicht gemerkt haben sollten.

Die Lohnentwicklung hat "eher zur Attraktivität des Standortes Deutschland beigetragen". Die Aufwertungen waren es - für die die Arbeitnehmer nun wirklich nichts können "die der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen geschadet haben".

Vor dem Hintergrund der weltweiten Rezession, die eben keine vorübergehende Erscheinung ist, nimmt die westdeutsche Wirtschaft nach wie vor eine Spitzenstellung ein. Im Kern handelt es sich eben nicht, Herr Farthmann, um eine Kostenkrise, sondern um eine Struktur- und Absatzkrise, ausgelöst zum Teil durch hausgemachte Fehler und Mißmanagement, zum Teil aber auch dadurch, daß sich im Weltmaßstab deutliche Verschiebungen zugunsten einiger Schwellenländer ergeben haben.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

- Ich weiß, Herr Schauerte und Herr Tschoeltsch, daß Sie den Unternehmer gerne auf einen Sockel der Unfehlbarkeit setzen würden. Aber auch im Management sind so gravierende Fehler in den letzten zehn Jahren gelaufen und laufen weiterhin, daß Sie sich damit einmal beschäftigen sollten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Ich bin nicht blind auf einem Auge, Sie sind blind auf einem Auge.

In Wirklichkeit geht es bei der ganzen Standortdebatte doch um einen neuen Schritt zur Umverteilung von

unten nach oben. Dabei verursacht die Sparpolitik im sozialen Bereich hohe Kosten.

(Mehrere Abgeordnete sprechen mit Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Es scheint ja so interessant zu sein, daß sich die Fraktionsführungen über meine Ausführungen im einzelnen noch Gedanken machen müssen.

Nicht zufällig haben Länder mit brutalen Sozialsystemen wie zum Beispiel die USA oder Großbritannien, heute auch große wirtschaftliche Probleme. Die Krise dadurch meistern zu wollen, daß man ausgerechnet bei den Sozialeinkommen spart, ist einerseits volkswirtschaftlich unsinnig, weil ein Ausfall der Nachfrage unterer Einkommensbezieher nur rezessionsverschärfend wirkt; andererseits ist das ein eklatanter Verstoß gegen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.

"Eine Gesellschaft, die nicht genug Geld aufbringt für die Ärmsten, ist vergiftet", sagt Heiner Geißler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, den werden Sie nicht als auf einem Auge blind bezeichnen.

(Heiterkeit)

Besonders deutlich wird das beim Hickhack um die Pflegeversicherung. Wir hätten sie uns als steuerfinanzierte Pflegeabsicherung gewünscht - aber nun gut, jetzt steht sie nach dem "Blüm-Modell" an. Dabei ist es zumutbar, ja geboten, die Lasten - wenn schon - den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern zu gleichen Teilen aufzubürden. Eine einseitige Kompensation zu Lasten der Arbeitnehmer lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur einen, sondern sogar zwei Feiertage zu streichen, würde bedeuten, daß die Wirtschaft an der Pflegeversicherung noch verdient, während die Arbeitnehmer langfristig 1,7 % ihres Einkommens als Beitrag zahlen sollen.

Nach dem jetzigen Modell sind aber auch die Leistungen der Pflegeversicherung unzureichend. Den be-

(C)

(D)

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A)

troffenen Menschen wird vorgegaukelt, sie könne für einen Großteil der Betroffenen verhindern, daß diese von der Sozialhilfe abhängig werden. Genau das wird nicht der Fall sein - darauf haben viele Verbände und Experten hingewiesen. Wenn sie überhaupt kommt, wird die Pflegeversicherung auf diese Weise abermals zu Enttäuschungen führen, weil sie die an sie gerichteten Erwartungen nicht erfüllt. Wir brauchen aber eine Pflegeversicherung, die den Menschen wirklich hilft und nicht nur die Kommunen und Landschaftsverbände entlastet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der andere Kostenfaktor, den die Wirtschaft wortreich bejammert, ist die Ökologie. Wenn das Wachstum ausbleibt, stempeln auch die etablierten Parteien sie rasch zum Verlierer. Es ist übrigens bezeichnend, daß in den Reden meiner drei Vorredner das Wort Ökologie nur an einer einzigen Stelle vorkam, als sich Herr Farthmann nämlich zum Verfechter der Ökosteuern aufschwang. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

In Zeiten der Krise gilt der Schutz vor der weiteren Zerstörung unserer Umwelt als Luxus, den wir uns angeblich nicht leisten können. Wir kurzsichtig! In Wirklichkeit ist es doch gerade umgekehrt: An der Erhaltung von Boden, Wasser und Luft zu sparen, kommt die Gesellschaft und Wirtschaft viel zu teuer. Eine ökologische Auszeit können wir uns wirklich nicht leisten, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider reicht der, der in der Landesregierung eigentlich erster Anwalt der Umwelt sein sollte, jenen den Arm zur Hilfe, die mit dem Arbeitsplatzargument für den Abbau von Umweltstandards eintreten. Minister Matthiesen, dem wir an dieser Stelle noch einmal gute Besserung bei seiner Grippeerkrankung wünschen, wäre zu Beginn dieser Wahlperiode - vielleicht können Sie das bestätigen, Herr Rau - ohnehin lieber Wirtschaftsminister geworden als Station auf dem Weg in die Staatskanzlei.

Weil das aber angesichts des Einzugs der GRÜNEN in den Landtag wie Kneifen ausgesehen hätte, durfte

er nicht - schon wieder so ein grüner "Keulenschlag" in seiner Biographie, für den wir gar nichts können - wie damals in Schleswig-Holstein, als er knapp den Wahlsieg und damit das Amt des Ministerpräsidenten verfehlte.

Sie lächeln so hintergründig, Herr Rau, daß ich annehme, daß das, was ich gerade gesagt habe, Ihre Zustimmung findet und Sie das bestätigen können.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Natürlich nicht!
- Heiterkeit)

- Herr Rau, vielleicht können Sie ihm aber mit unseren Genesungswünschen ausrichten, daß er uns das bitte, bitte nicht mehr so ersichtlich nachtragen soll. Irgendwann muß doch sein Ego - wenn es auch noch so ausgeprägt ist - mit solchen Rückschlägen einmal fertig werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jedenfalls macht er seitdem halt Wirtschaftspolitik im Umweltressort. Seiner Beliebtheit in Kreisen der Industrie mag das nützen, der Umwelt bekommt es nicht. Ich meine, Herr Einert läßt ihm natürlich auch sehr viel Platz dafür; das muß man zu seiner Ehrenrettung sagen. Da passiert ja relativ wenig.

(D)

"Die Schloten müssen rauchen!" - das ist ein dürftiges umweltpolitisches Credo. In Nordrhein-Westfalen ist es unter seiner Ägide wieder Mode geworden, die Ökonomie gegen die Ökologie auszuspielen und die Angst der Menschen um ihre Arbeitsplätze als Zuchtrute gegen notwendige Umrüstungen zu mißbrauchen.

Die Vorgänge um die Dioxin-Emissionen der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund sind ein klassisches Beispiel dafür. Nur um es sich mit dem Krupp-Hoesch-Vorstand nicht zu verderben, zögerte Herr Matthiesen monatelang, unverzüglich die dringend notwendigen Primärmaßnahmen zur Änderung der Einsatzstoffe zu verlangen.

Dabei weiß er, wissen wir alle, ganz genau: In Sachen Ökologie heute untätig zu bleiben, gefährdet mittel- und langfristig mehr Arbeitsplätze, als wenn man frühzeitig Produktionsumstellungen nach neue-

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A)

sten technischen Standards einleitet und dies durch Auflagen oder Anreize durchsetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wozu es führt, wenn man Umweltstandards systematisch mißachtet, zeigt in extremer Weise die Wirtschaft der ehemaligen DDR.

Der dramatische Arbeitsplatzverlust in den neuen Bundesländern hat auch mit der jahrzehntelangen ökologischen Ignoranz zu tun, die dort herrschte. Die Ökologie ist für eine moderne Industriegesellschaft die notwendige Voraussetzung für künftigen wirtschaftlichen Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die industrielle Umweltzerstörung ruiniert nämlich nicht nur die ökologische, sondern zunehmend auch die ökonomische Substanz. Schon schätzen renommierte Institute deren Folgekosten auf mindestens 10 %, teilweise bis zu 25 % des Bruttosozialproduktes. Das Wissenschaftszentrum Berlin hat mindestens 250 Milliarden DM, das Fraunhofer-Institut sogar 610 Milliarden DM jährliche Kosten der Beeinträchtigung unserer natürlichen Umwelt berechnet - allein für die alte Bundesrepublik. Diese immensen Kosten, die sich überproportional schnell weiter erhöhen, trägt letztlich die Allgemeinheit, tragen nicht diejenigen, die sie verursachen.

(B)

Das muß endlich anders werden. Umweltvergiftung darf sich wirtschaftlich nicht mehr lohnen. Viele Firmen verschaffen sich heute durch mangelhaften Umweltschutz enorme Konkurrenzvorteile. Es muß teuer werden, sich an der Umwelt zu vergehen. Darum brauchen wir eine ökologische Steuerreform und, solange diese in Bonn nicht durchzusetzen ist, wenigstens Öko-Abgaben auf Landesebene. Mit ihnen könnten Sie allein in Nordrhein-Westfalen 1 Milliarde DM jährlich einnehmen und für Umweltinvestitionen ökologisch wirtschaftender Firmen einsetzen.

In Ihrer Regierungserklärung vom August 1990, Herr Ministerpräsident, haben Sie sich diesem Gedanken gegenüber noch recht aufgeschlossen gezeigt. Auch

(C)

Herr Farthmann hat dazu ja eben durchaus etwas Positives gesagt. Wir müssen, so sprachen Sie damals, "die Umweltkosten in die Produktionskosten integrieren" und brauchen "eine ökologische Orientierung unseres Steuer- und Abgabensystems". Was ist daraus geworden? - Ihr Umweltminister ist noch nicht einmal in der Lage, bis heute eine Bestandsaufnahme der Öko-Abgaben im innerdeutschen und europäischen Vergleich vorzulegen, obwohl ihn der Landtag dazu vor zwei Jahren einstimmig aufgefordert hatte. Wir haben diesen Antrag heute erneuert, und nach dem glühenden Plädoyer von Herrn Farthmann für Öko-Steuern gehe ich davon aus, daß Sie mit uns diese Informationsgrundlage von der Landesregierung verlangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Nordrhein-Westfalen sperren sich aus lauter Angst vor der Industrie nicht nur der Finanzminister, sondern auch der Umweltminister hartnäckig, solche wirksamen umweltpolitischen Instrumente auch nur in Erwägung zu ziehen. Sie verpassen damit wichtige Entwicklungen. Denn die Diskussion über die Möglichkeit, ja die Pflicht des Staates, mit Steuern und Abgaben ökologisch zu steuern, die von uns schon vor Jahren angestoßen wurde, wird immer breiter und intensiver. Nordrhein-Westfalen gerät dabei vollständig ins Hintertreffen.

(D)

"Das deutsche Steuerrecht", schreibt beispielsweise der "Spiegel" vorige Woche, "sieht viele Nachlässe vor, die Umweltsündern nützen ... Für besonders umweltfreundliches Verhalten ... gibt es jedoch kaum Vergünstigungen."

Auf Freiwilligkeit und Einsicht der Unternehmen zu setzen, widerspricht aller Erfahrung: Nicht ein einziger umweltpolitischer Fortschritt kam zustande, ohne daß Initiativen und Bewegungen, Wissenschaftler und Publizisten - auch die GRÜNEN - massiv gedrückt hätten. Wozu die Industrie auf Druck imstande ist, zeigen gerade Beispiele wie das der Klöckner AG in Bremen. Sie hat vertraglich zugesichert, in ihrer Stahl-Sinteranlage den für die Müllverbrennung geltenden Grenzwert von 0,1 Nanogramm Dioxin pro Kubikmeter Abluft bald einzuhalten. Das Problem

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A)

besteht ja darin, daß dieser Druck in Nordrhein-Westfalen nicht kommt, daß hier gar nicht von den Unternehmen verlangt wird, ökologisch zu produzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem brauchen wir ein verstärktes Umwelt-Ou-ting. Alle Daten über die ökologischen Auswirkungen industrieller Verfahren müssen auf den Tisch. Die öffentliche Debatte um die Ursachen und die Verursacher von Umweltgefährdungen ist notwendig, denn ohne sie bewegen sich Wirtschaft und Politik allenfalls im Schnecken-tempo. Darum haben wir - nach dem Vorbild des "freedom of information act" in den USA - einen Gesetzentwurf zum Aktenein-sichtsrecht in den Landtag eingebracht, der es denen, die von Emissionen betroffen sind, ermöglichen soll, die für sie relevanten Umweltdaten einzusehen. Mit einer solchen gesetzlichen Grundlage hätte es die schlimme Geheimniskrämerei des Hoesch-Vorstands gegenüber dem Betriebsrat und des Umweltministers gegenüber Parlament und Öffentlichkeit zum Dioxin-Ausstoß in Dortmund gar nicht geben können.

Wir wollen einen ökologischen Generationenvertrag. Was wir heute versäumen, kommt uns und unseren Kindern morgen teuer zu stehen. Darum müssen wir jetzt handeln. Viele Umfragen, aber auch das prakti-sche Verhalten der Bürger und Bürgerinnen zeigen, daß es für eine solche Abrede mehr Verständnis gibt, als Wirtschaft und etablierte Politik wahrhaben möch-ten.

B)

Die holländische Umweltorganisation "Milieudefen-sie" hat berechnet, daß in den Niederlanden - Ähn-liches dürfte auch für Deutschland gelten - der Res-sourcenverbrauch pro Kopf um rund 70 % verringert werden müßte, um die natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen annähernd zu erhal-ten. Das heißt: Wir müssen die Maßstäbe dessen, was Wohlstand ist, neu definieren und eine ökologische Umverteilung anstreben, die dem Modell der Zwei-drittelgesellschaft entgegensteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die neuen Mittelschichten auf weiteren mate-riellen Zuwachs verzichten, sind damit ökologische und soziale Umbauprozesse zu finanzieren, die den

sozialen Standard des unteren Drittels verbessern und allen ein Mehr an ökologischer Lebensqualität bieten können.

(C)

Statt dem Wachstum des Bruttosozialprodukts hin-terherzuhecheln, brauchen wir neue Ziele, die sich nicht am Wachstum, sondern an der Verminderung des Ressourcenverbrauches orientieren. Das gilt zum Beispiel für die Energiepolitik. Wie können wir den Nutzungsgrad der eingesetzten Primärenergie vor allem bei der Energieerzeugung, aber auch beim Endverbraucher drastisch steigern? Gerade in der Energiepolitik ist eine ökologische Wende überfällig. Wenn es nämlich um Energieverschwendung geht, ist NRW Spitze. So liegt die Versorgung mit Fernwärme trotz der relativ dichten Besiedlung nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt.

Nur 5,3 % der Raumwärme werden mit Hilfe von Kraft-Wärme-Koppelung gedeckt. In Dänemark sind es, um nur ein Beispiel zu nennen, dagegen 45 %. Eine intelligente Energiepolitik würde nicht nur das CO₂-Problem lösen helfen, sondern auch die Energie-kosten senken und, weil sie arbeitsintensiver ist, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Aber Sie müssen ja die Ruinen Ihrer verfehlten Träume wie den THTR wegräumen und kommen zu solchen bahnbrechenden energiepolitischen Entscheidungen nicht.

(D)

Meine Damen und Herren, im nächsten Jahr wird sich ein Wahlkampf an den anderen reihen - eine beunruhigende Vorstellung. Niemand weiß, in welche politische Landschaft das Superwahljahr führen wird. Ich finde, wir Politiker sollten es auch als Chance begreifen, die Menschen stärker an Politik heranzu-führen; da gebe ich Herrn Farthmann mit seinen Überlegungen durchaus recht.

Wir sollten uns bemühen, den Dauerwahlkampf des nächsten Jahres nicht zu einem Schattenboxen werden zu lassen, sondern zu einem großen Informations- und Aufklärungsprogramm zu machen, weg vom Wahl-kampf in seiner traditionellen Form, also Eigenlob und Selbstbespiegelung, hin zu einem argumentativen Wahlkampf, der eher auf Podiumsdiskussionen mit-einander setzt als auf Veranstaltungen für die ohnehin überzeugten Anhänger.

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A)

Die Politikverdrossenheit grassiert. Wir müssen dagegen ankämpfen; denn sie trifft uns letztlich alle. Dazu müssen wir sie aber erst einmal ernst nehmen und nicht als Ausdruck des "miesen Zeitgeistes" abtun, dem man nur durch Einbunkern und Weitermachen beikommen könne.

(Zustimmung des Abgeordneten Hemker [SPD])

Dazu haben wir in der vergangenen Woche - Herr Farthmann, Sie sitzen gerade neben dem Richtigen - ganz andere Töne gehört, als Sie sie hier eben vortragen haben. Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Aber statt bolleriger Schimpfkanonaden, wie sie Herr Wickel am vorigen Mittwoch von dieser Stelle aus abgelassen hat, als er die Schuldigen an der Misere überall, nur nicht im eigenen Stall ausmachen wollte, brauchen wir nüchterne Einsichten darüber, wo die Fehler liegen und welche Gegenmittel wir einsetzen können.

Die wirksamsten Arzneien sind erstens Leistung, also die Bewältigung der anstehenden Probleme, ohne die soziale Kluft in der Gesellschaft weiter zu vergrößern, und zweitens Glaubwürdigkeit, also der Verzicht auf Trickereien. Herr Farthmann, wenn Sie sich hier mit sanften Tönen gegen das Finassieren und Taktieren aussprechen und dann in der nächsten Landtagssitzung doch wieder mit der Abstimmungs Guillotine alles niedermachen, was an alternativen Ansätzen kommt, trägt auch das zur Politikverdrossenheit bei.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Schaufuß [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Die dritte Arznei sind mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen; denn nur wer mitentscheiden darf, ist bereit, sich stärker zu engagieren, nicht der, wie Sie, Herr Farthmann, erst kürzlich vorschlugen, der durch die Androhung von Bußgeldern dazu gezwungen wird. Das war wirklich ein armseliger Vorschlag, die Wahlpflicht einzuführen.

Die Politikverdrossenheit hat viele Ursachen. Eine Triebfeder sind sicher die selbstproduzierten Affären und Skandale in dieser Republik. Das gilt nicht nur für die großen Spektakel, die sich in allen Medien wiederfinden, sondern das beginnt schon im kleinen

(C)

- das müssen Sie sich dann auch einmal "reintun" -, wenn beispielsweise der Landtag Parkgebühren für Studierende und Landesbedienstete auf landeseigenen Parkplätzen beschließt, die eigenen Abgeordneten aber als einzige von dieser politisch sinnvollen Belastung ausnimmt. So etwas verträgt sich nicht mit diesen sanften Tönen über die Politikverdrossenheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kommt auf die Taten, nicht auf die Reden an.

Auch der Salto mortale, den SPD und F.D.P. in der vergangenen Woche in Sachen Abgeordnetendiäten vorführten, schmälert nicht nur ihr eigenes Ansehen, sondern auch das der Politik insgesamt. Erst tragen Sie den Beschluß mit, jetzt auf eine Diätenerhöhung zu verzichten, und beschimpfen dann, nicht einmal einen Monat später, all die in unverschämter Weise, die eine solche Nullrunde für geboten halten.

Den Mut, eine Erhöhung der Diäten um x oder y Prozent offen zu beantragen, haben Sie natürlich nicht. Statt dessen nehmen Sie Umwege durch den Nebel. Trotz Nullrunde stocken Sie die Diätenmittel im Haushalt um fast 1 Million DM auf und rechtfertigen das mit dem absurden Argument, man müsse diese Spanne vorhalten, um unsere Einkünfte im Laufe des kommenden Jahres unter Umständen doch noch erhöhen zu können. Wenn Sie so etwas weiterhin tun, bleiben Ihre Worte zur Politikverdrossenheit Sonntagsreden, meine Damen und Herren.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Heuchler!)

- Ich habe wieder einen dieser ganz schlimmen Zwischenrufe gehört, die eigentlich der Vergangenheit angehören sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz nebenbei schaffen Sie es auf diese Weise auch immer wieder, eine positive Nachricht - "Abgeordnete beschließen freiwillig Nullrunde" - in eine negative Nachricht - "Abgeordnete öffnen sich Hintertürchen" - umzuwandeln. Aber das scheint vielen von Ihnen mittlerweile völlig egal zu sein. Solche takti-

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A)

schen Wendemanöver sind es aber, die bei den Bürgern und Bürgerinnen die Distanz zur Politik erhöhen.

Dazu zählt auch der großartige Verzicht der Mitglieder unserer Landesregierung auf den Gehaltszuwachs aus der letzten Tarifrunde. Anders als die Bundesregierung, deren Nullrunde der Bundestag gesetzlich absicherte, erklärten Sie lediglich einen freiwilligen Verzicht ohne rechtliche Verpflichtung - mit der Folge, daß Ihnen vom nächsten Jahr an nicht nur die neue Gehaltserhöhung überwiesen wird, sondern, wenn Sie nichts dagegen unternehmen, auch die alte Spanne, auf die Sie zunächst öffentlichkeitswirksam verzichtet hatten. Herr Linssen hat es zitiert.

Überlegen Sie sich gut, ob sich dieser Zuwachs an Geld angesichts des Verlustes an Vertrauen wirklich lohnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch durch die undurchsichtige Kanüle Ihrer Haushaltspolitik tragen Sie zur Politikverdrossenheit bei. Finanzminister Schleußer hat nach einem Urteil des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs eindeutig gegen die Verfassung verstoßen. Weitere Klagen gegen ihn sind anhängig. Aber nicht genug damit, im jetzigen Haushalt eröffnet der Finanzminister mit Rückendeckung durch die SPD eine schwarze Kasse für Grundstücksgeschäfte. Darüber können Grundstücke hin- und hergeschoben werden, ohne daß sie im Haushalt überhaupt auftauchen, ohne jede öffentliche Kontrolle. Wir haben hier und heute noch einmal einen Änderungsantrag gestellt, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, diese rechtswidrige Praxis aus dem Haushalt heraus- und diesen Verstoß gegen verfassungsrechtliche Prinzipien zurückzunehmen. Ich hoffe, daß Sie sich diesem Änderungsantrag anschließen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Hauptursache des Mißmuts über die Politik liegt freilich darin, daß die Menschen von deren Leistungen bitter enttäuscht sind. Regelmäßig werden die Erwartungen aus opportunistischen Gründen nach oben geschraubt, regelmäßig werden sie nicht erfüllt. Politiker spielen sich in der Tat als allwissende Ver-

künder auf - wie Herr Farthmann es gerade formuliert hat - und enttäuschen damit die Menschen.

(C)

Erinnern wir kurz an das deutlichste Beispiel für diesen Vorgang, die deutsche Einheit. Hätte die Bundesregierung deren Verwirklichung von vornherein als Megaproblem eingestuft, das nur langfristig und mit tiefen Einschnitten in das behütete Leben der alten Bundesrepublik zu lösen ist, wäre das von den Bürgern und Bürgerinnen verstanden und auch akzeptiert worden. Tatsächlich aber hat sie aus kurzfristigen wahltaktischen Gründen genau den gegenteiligen Eindruck vermittelt: Alles könne weiter so laufen, die Einheit sei aus der Portokasse bezahlbar. Jetzt, wo die Dimension des Problems offen zutage liegt und viele falsche Richtungsentscheidungen getroffen sind, wächst natürlich der Verdruß.

Dagegen müssen wir angehen, meine Damen und Herren. Nicht immer nur die anderen, die Parteien selbst müssen sich ändern. "Wir brauchen keine neuen Parteien", schreibt Giovanni di Lorenzo in der Süddeutschen Zeitung, "sondern erneuerte Parteien. Bleibt diese Erneuerung aus, so werden aus der Verdrossenheit vor allem jene Kapital schlagen, die schon jetzt alles, nur keine Skrupel zeigen: die neuen und die alten Rechten." Soweit die Süddeutsche Zeitung.

Darum, meine Damen und Herren, vor allem von der SPD-Fraktion: Tauchen Sie aus dem Tunnel auf! Lassen Sie uns die Probleme der Massenerwerbslosigkeit, des ökologischen Umbaus, der Sicherung und Ausweitung der Demokratie offensiv angehen. Ändern Sie Ihren Kurs! Wenn Sie dazu nicht bereit sind, wenn Sie vor der Krise nur davonlaufen, statt sie zu nutzen, dann sollten Sie daraus auch die notwendige Konsequenz ziehen und das springende Pferd in unserem Landeswappen durch einen tunnelgrabenden Maulwurf ersetzen. - Ich danke Ihnen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Vesper. - Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

(A)

Ministerpräsident Dr. Rau: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man in der letzten Plenarsitzung des Landtages in einem Jahr einen 82-Milliarden-Haushalt verabschiedet, mit dem die Schienen für das politische Handeln in dem vor uns liegenden, sicher außerordentlich schwierigen Jahr 1994 gelegt werden sollen, dann geht einem mancherlei durch den Sinn, und dann sucht man in den Reden derer, die sich zum Grundsatz dieses Haushaltes äußern, nach zusätzlichen Erkenntnissen, nach hilfreichen Ansätzen, auch nach kritischer Begleitung. Viel habe ich davon nicht gehört.

(Abgeordneter Dr. Linssen: Müssen Sie ja auch nicht!)

Herr Kollege Linssen, das aktuellste, was Sie zur Diskussion beigetragen haben, war ein "Spiegel"-Artikel aus dem Jahr 1991.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist seitdem der "Spiegel" wieder sehr häufig erschienen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wöchentlich!)

(B)

Es hat auch manches andere darin gestanden, und manches habe ich schon 1991 für falsch gehalten.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Der bleibt bei seiner Meinung!)

Aber, Herr Kollege Linssen: Nicht alles, was der Opposition nicht gefällt, ist ein Skandal. Nicht alles, was der Opposition nicht paßt, ist eine Affäre - auch nicht, wenn Sie aus 1,69 DM 100 DM machen und wenn Sie eine Rede halten nach dem Motto: "Trau' keinem Zitat, das du nicht selber aus dem Zusammenhang gerissen hast."

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das ist doch billig!)

Da gab es heute - aus gegebenem Anlaß - immer das Bild vom Tunnel, in den unterschiedlichsten Varianten.

(C)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Der ist ganz schön teuer geworden!)

Ich kann ja heute nicht dahin und will mich auch zu dem Tunnel nicht äußern. Es ist die Sorge geäußert worden, ich selber sähe im Tunnel das falsche Licht, Herr Kollege Rohde. Ich kenne auch Leute, die kaufen immer gleich ein neues Stück Tunnel, wenn sie Licht im Tunnel sehen, weil sie sich so an die Depression gewöhnt haben.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Zu denen möchte ich nicht gehören. Ich habe auch nicht die Sorge, Herr Kollege Vesper, daß ich mich beim Tunnelbau in die Villa Hammerschmidt irre; denn da gehe ich nicht durch den Tunnel. Und außerdem gehe ich da nicht hin, sondern nach Bellevue!

(Zustimmung bei der SPD)

Aber lassen Sie mich das mit einer ernsthaften Bemerkung sagen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das wäre auch zu leicht!)

(D)

Natürlich habe ich mir gut überlegt, ob ich für diese Nominierung zur Verfügung stünde. Natürlich habe ich mir auch überlegt, ob ich dann, wenn ich die Mehrheit nicht erreiche, der geschlagene Bundespräsidenten-Kandidat sei. Solche Überlegungen muß man anstellen, bevor man sich entscheidet. Das habe ich getan, und dann bin ich in fröhlicher Zuversicht dazu gekommen, mich nominieren zu lassen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU]: Ich bin dazu gekommen!)

Ich habe dazu soviel Zustimmung aus allen demokratischen Parteien erhalten,

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Linssen [CDU] und Schauerte [CDU])

daß ich nur sagen kann: Da sind zwölfhundertsoviel-soviel erwachsene, mündige Männer und Frauen, die

- (A) (Ministerpräsident Dr. Rau)
- werden zwischen Kandidaten wählen, und deren Wahl ist zu respektieren.
- (Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])
- Und wenn ich dann nicht gewählt werde, habe ich nicht mein Lebensziel verpaßt.
- (Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Doch, aber ja!)
- Das habe ich dann nicht verpaßt.
- (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Es gibt in fünf Jahren noch eine Wahl!)
- Und dann haben Sie mich wieder hier, und dann machen wir hier weiter mit all den Gesetzentwürfen, die Sie genannt haben, zum Teil auch karikierend.
- (Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Jetzt haben wir Sie nicht hier, Sie kommen dann wieder!)
- Ach wissen Sie, es wäre Ihnen ja lieb, ich wäre nicht da. Das merkt man doch.
- (B) (Beifall bei der SPD)
- Herr Kollege Linssen, daß mein Regierungsstil Sie ärgert, weiß ich seit neun Jahren.
- (Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])
- Daß er erfolgreich ist, erfahre ich jede Woche und jeden Monat.
- (Beifall bei der SPD)
- Daß die Menschen im Lande das wollen, sagen sie mit jeder Umfrage.
- (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber nicht nur! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])
- Nicht nur. - Die Zahl derer in Nordrhein-Westfalen, die wünschen, daß ich Bundespräsident werde, ist in
- (C)
- den letzten drei Monaten von 47 auf 58 % gestiegen - eine schöne Zahl.
- (Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die wollen, daß sich hier etwas ändert!)
- Dann wüßten Sie ja einen Weg, Herr Schauerte, wie man es bewerkstelligen könnte.
- (Beifall bei der SPD)
- Nur sind Sie eher auf dem Weg zu 25 als zu 35 %. Das müssen Sie sich auch bewußt machen!
- (Beifall bei der SPD)
- Daß ich nach 15 Jahren, in denen ich dieses Amt jetzt wahrnehme, nicht mehr jemand werde, der das eines Tages völlig anders wahrnimmt als in den 15 Jahren zuvor, davon müssen Sie leider oder zum Glück ausgehen. Wo ich Ansätze sehe, es noch besser zu machen, will ich das gerne tun.
- (Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber Sie hören meist weg!)
- Herr Schauerte, bei manchen Menschen macht es Sinn, wegzuhören.
- (D)
- (Beifall bei der SPD)
- Wo ich dann noch etwas besser machen kann, will ich das tun. Aber mir mangelnden Einsatz für Nordrhein-Westfalen zu unterstellen, mangelnde Bereitschaft, diese Regierung hier zu führen, das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit, und das ist eine falsche Sicht dessen, was ich Tag für Tag tue
- (Beifall bei der SPD)
- und was die Menschen in diesem Land immer wieder bestätigt haben. Sie können, wie Herr Rohde, sagen, ich machte es an diesen und jenen Stellen nicht richtig: Wir wünschen uns den und den Akzent. - Dann lassen Sie uns darüber streiten; dafür hat man solche Debatten. Nur daß aus lauter Zorn über meinen Regierungsstil aus der Grundsatzrede eines Oppositionsführers eine reine Karikatur von Wirklichkeit wird,

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A)

daß er die Dinge durcheinanderwirft, daß er uns unsere Broschüre vorwirft, die 1,69 DM kostet,

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Alles Tatsachen!)

und daß er verschweigt, daß allein die Bundesregierung im Jahr vier Broschüren herausgibt, die mehr kosten, als der gesamte Haushalt für Öffentlichkeitsarbeit in Nordrhein-Westfalen beträgt,

(Beifall bei der SPD)

daß er die kleine "Halbzeitanzeige" kritisiert - vor etwa einem Jahr -, daß er aber nicht erwähnt, daß sich der bayerische Ministerpräsident zur Halbzeit seiner Wahlperiode in ganzseitigen Anzeigen mit Foto in Bayern hat feiern lassen - und das kann er sich ja leisten -, das erwähnt er nicht, weil offenbar Öffentlichkeitsarbeit von CDU/CSU-geführten Regierungen richtig ist, Öffentlichkeitsarbeit von SPD-geführten Regierungen falsch!

(Beifall bei der SPD)

Das ist die schlichte Denke.

(B)

Das wird auch nicht dadurch richtiger, daß Sie ein Bild Nordrhein-Westfalens zeichnen, das mit seinen vielen, vielen Schulden wirklich vor großen Belastungen steht; darüber haben wir oft gesprochen.

Aber warum sagen Sie denn nicht, daß die Nettokreditaufnahme 1992 bei uns 3 % betrug, beim Bund 9? Warum sagen Sie denn nicht, daß die Nettokreditaufnahme 1993 6,1 % war und 1994 im Soll 8,5 % ist? Warum kommen Sie dann mit pauschalen Zahlen? Warum sagen Sie nicht, daß Bund und Länder die Kosten des Fonds Deutsche Einheit - Bund und alle Länder - aus den Zuwachsraten herausrechnen? Warum reden Sie nicht von dem, was diese Landesregierung finanzpolitisch getan hat, z. B. - Sie könnten einmal Herrn Mayer-Vorfelder danach fragen, denn er ist ja vielleicht bei Ihnen unverdächtig - durch den Beitrag, den unser Finanzminister dazu geleistet hat, daß es den Solidarpakt und den Fonds Deutsche Einheit gibt - ab 1995 verstärkt -, und zwar mit einem Minus von 4,6 Milliarden DM für Nordrhein-Westfalen in 1995? Ich beklage mich darüber nicht. Denn

(C)

das ist nötig. Wir werden noch auf zehn bis fünfzehn Jahre Beiträge zur deutschen Einheit leisten müssen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das sind die Schulden von heute! Unsinn!)

- Herr Kollege Schauerte, Sie waren doch schon dabei, Sie waren doch noch nicht in Bonn, als ich vor der deutschen Einheit, hier in diesem Landtag unter Zustimmung der SPD und unter dem Gelächter der CDU, vorgeschlagen habe, die dritte Stufe der Steuerreform auszusetzen, um die deutsche Einheit zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen vor großen Herausforderungen. In Nordrhein-Westfalen, dem ältesten Industrieland unter den alten Bundesländern, gleichzeitig dem Land, in dem der Strukturwandel besonders weit vorangekommen ist, in diesem Land Nordrhein-Westfalen stehen wir vor großen Problemen, vor allen Dingen mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Die Zahlen hat Herr Linssen korrekt genannt. Nur: Warum hat er nicht hinzugefügt, daß die Zuwachsrate in den letzten zwei Jahren in Bayern höher ist, in Baden-Württemberg höher ist, in Hessen höher ist und im Durchschnitt der alten Länder höher ist und daß es bei uns gelungen ist, jedenfalls den Zuwachs ein Stück weit zu begrenzen?

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie haben Ihren Sockel gepflegt!)

Das gehört mit zu dem, was man aufzeichnen muß, wenn man eine Momentaufnahme anlässlich der dritten Lesung eines Haushaltes vortragen will.

Andere Landesregierungen haben auch Halbbilanzbilanzen vorgelegt; wir haben es ebenfalls getan. Ich lasse mir nicht sagen, wir, die SPD-Regierung, hätten keine neuen Anstöße geliefert. Wir haben in vielen Punkten bundesweit Vorreiterfunktion; ich habe den Länderfinanzausgleich genannt. Ich spreche von der Sicherung der Länderrechte, von der Grundgesetzänderung im Artikel 23, vom Europa der Regionen, einer der wichtigsten Voraussetzungen auch für die politische Umsetzung des Binnenmarktes.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A)

Ich spreche von der Verfassungsreform und unserer Mitwirkung beim Umweltschutz, bei der Gleichstellung von Frauen und Männern. Ich spreche von der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Das ist keine Leichtigkeit, 7 000 Stellen kw zu stellen, vor allen Dingen nicht in einer Zeit, in der wir es mit einer merkwürdigen Doppelbödigkeit zu tun haben. Die Menschen verlangen immer mehr Abbau von Verwaltung und stellen immer größere Anforderungen an den Staat und an seinen Dienstleistungscharakter.

(Beifall bei der SPD)

Es sind dieselben Menschen, die das tun. Wir haben einen Nachtragshaushalt vorgelegt. Wir werden weitere Untersuchungen vorlegen, die gegenwärtig in Arbeit sind. Andere Projekte sind in der Beratung. Die nächsten Entscheidungen werden Anfang des Jahres kommen.

Meine Damen und Herren, ich bin mehrfach auch öffentlich aufgefordert worden, ein Wort zur Pflegeversicherung zu sagen. Dazu kam heute morgen eine Fülle von Briefen. Viele dieser Briefe kommen aus der CDU, kommen aus dem kirchlichen Bereich. Darum will ich mit meiner Meinung nicht hinter dem Berge halten.

(B)

Ich habe unseren Arbeits- und Sozialminister, der in der Arbeitsgruppe in Bonn gewesen ist, immer ermuntert, alles zu tun, damit es zu einer Pflegeversicherung kommen kann. Ich war mit ihm darin einig, daß wir eine Pflegeversicherung wollen, die diesen Namen verdient. Wenn der Bundesarbeitsminister selber vorrechnet, daß die Kompensation für den Arbeitgeberanteil unterhalb eines Feiertags liegt, bei sechs Siebteln eines Arbeitstages,

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Bei der ersten Stufe!)

- bei der Stufe, die zu beschließen wäre -, und dann zwei Feiertage zur Bedingung gemacht werden, ist das keine Pflegeversicherung mehr. Das ist sie vor allen Dingen dann nicht, wenn man noch die Bemessungsgrenzen zurücknimmt und eine Pflegeversicherung vorlegt, bei der über 50 Prozent der Betroffenen weiter von der Sozialhilfe abhängig sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Das ist nicht die Pflegeversicherung, die wir gewollt haben. Ich glaube, daß Norbert Blüm eine andere gewollt hat. Ich glaube, daß Norbert Blüm sich viel, viel Mühe gegeben hat. Bei allen Differenzen, die es zwischen Blüm und mir immer gegeben hat, und bei aller Nähe, die ich in anderen Fragen zur F.D.P. habe, mache ich überhaupt keinen Hehl daraus: Ich hätte gerne mitgeholfen, damit diese Pflegeversicherung als ein Gemeinschaftswerk zustande kommt.

(Beifall bei der SPD)

Aber etwas Pflegeversicherung zu nennen, was einseitig bezahlt wird und aus dem dann noch die Gruppen derer, bei denen es nicht über die Arbeitszeit geht, herausgenommen werden, nämlich die Beamten, die Minister, die Staatssekretäre, die Freiberufler - das ist nicht mehr die Pflegeversicherung, von der wir gesprochen haben!

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linsen [CDU]: Dafür gibt es Sonderregelungen! Das müssen Sie jetzt fairerweise sagen. Das stimmt nicht, was Sie sagen!)

- Herr Kollege Linsen, bitte bedenken Sie auch: Die Gespräche zwischen den Fraktionen waren einmal weiter, als sie Anfang der Woche waren. Ein Teil des Zugesagten ist in den Verhandlungen der letzten zehn Tage wieder zurückgenommen worden.

(D)

Also sage ich: Wenn die Bundesregierung eine Pflegeversicherung will, und wenn die Koalition eine Pflegeversicherung will, dann gibt es den Weg über ein neues Vermittlungsverfahren. Ich füge hinzu: Allen denen, die den Begriff Pflegeversicherung als Schlagstock gegen die SPD nutzen, rate ich, einmal die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zum Thema Pflegeversicherung zu lesen und sich die Argumente anzusehen, die Eberhard Diepgen vorträgt.

(Beifall bei der SPD)

Mir lag daran, das Thema heute anzusprechen, damit niemand glaubt, ich versteckte mich. Ich versteckte

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A)

mich überhaupt nicht. Ich habe auch nicht die Absicht, jetzt in eine Zwischenrolle zu geraten, in der es in das Belieben der Opposition gestellt wird, wann ich mal der Präsidentschaftskandidat, mal der stellvertretende Parteivorsitzende und mal der Ministerpräsident bin.

Hier steht der Ministerpräsident. Dessen Politik ist hier auf dem Prüfstand. Wie die SPD in Nordrhein-Westfalen damit umgeht, das überlassen Sie unserem Landesparteitag. Wie die Bundespartei meine Politik beurteilt, Herr Dr. Linssen, das überlassen Sie unserem Bundesparteitag. Ich habe da vor ein paar Wochen kandidiert und im ersten Wahlgang ein Ergebnis bekommen, über das ich mich zwei Jahre lang freuen kann, bis zur nächsten Wahl.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde gern, Herr Dr. Rohde, das Stichwort Salzgitter noch einmal aufgreifen. Ich habe, wie die übrigen SPD-Ministerpräsidenten, für die Einstellung dieser Stelle plädiert.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Gegen unseren Rat!)

(B)

- Gegen Ihren Rat. Ich habe es mir jetzt einmal angesehen. Es wird ja der Verdacht genährt, da habe man Verbrechen der DDR-Regierung verbergen wollen. Wenn Sie sich meine Ausführungen dazu noch einmal ansehen, werden Sie feststellen, daß ich damals gesagt habe, es genüge die normale Tätigkeit der Staatsanwaltschaft.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Das ist nach wie vor falsch!)

- Daß ich das gesagt habe, ist richtig. Nun sage ich Ihnen: Wenn ich die Zahlen richtig im Sinn habe,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Geben Sie doch mal einen Fehler zu!)

dann ist über die Gauck-Behörde, die sich mit Stasi-Unterlagen beschäftigt, über die Regierungskriminalitätsstelle, zu der wir kräftig personelle Hilfe aus Nordrhein-Westfalen leisten, und über die Staatsanwaltschaft eine Fülle von ungezählten, mehreren

tausend Verfahren seit der deutschen Einheit in Gang gekommen.

(Abgeordneter von Unger [CDU]: Das ist späte Wiedergutmachung!)

Durch Salzgitter sind es nicht einmal zehn Fälle gewesen. Nicht einmal zehn!

(Widerspruch bei der CDU - Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Völlig falsch!)

Also sage ich: Es mag sein, daß ich mich damals geirrt habe.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Geben Sie doch einmal einen Fehler zu!)

- Sie hören ja meine Sätze gar nicht! - Es mag sein, daß ich mich geirrt habe, aber ich habe nie Vorschub für die Unterstellung geleistet, ich wollte Unrecht nicht geahndet wissen. Das müssen Sie genauso deutlich sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe Erlebnisse in Ostberlin, in Prag, in Warschau und in Moskau gehabt - manchmal ist der eine oder andere dabeigewesen -; an Mut vor Fürstenthronen hat es mir nicht gefehlt. Ich weiß, daß ich in einer großen, jetzt Berliner Tageszeitung, in der "Welt", den ersten und einzigen lobenden Leitartikel auf Seite 1 bekommen habe, als ich mich geweigert habe, ein Protokoll mit Breschnew zu unterschreiben, in dem er einseitig den Abzug von Pershings verlangte, ich aber hinzugefügt habe: Das kann ich nur unterschreiben, wenn die SS 20 und SS 24 mit draufkommen! Daran sollten Sie auch einmal denken, daß es diese Phase gegeben hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich mag oft geirrt haben, aber feige bin ich nie gewesen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Und beim NATO-Doppelbeschluß?)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A)

- Beim NATO-Doppelbeschluß, Herr Dr. Linssen, war ich anderer Meinung als Helmut Schmidt und der gleichen Meinung wie Willy Brandt. Da, muß ich sagen, bin ich auch in guter Gesellschaft gewesen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten von Unger [CDU] - Abgeordneter Aigner [SPD]: Der Ministerpräsident muß sich doch nicht rechtfertigen!)

Meine Damen und Herren! Ich wollte viel kürzer reden, als ich es jetzt tue. Ich habe sogar zwischen-durch gezögert, ob ich mich überhaupt zu Wort melden sollte. Dann habe ich mir gesagt, wenn ich nichts sage, heißt es nachher: Er taucht weg.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: In den Tunnel!)

In den Tunnel! - Der Begriff des Wegtauchens ist übrigens urheberrechtlich geschützt, Herr Kollege Vesper. Er stammt von Reinhard Roericht aus dem Jahre 1971. Wenn Sie sehen, wie lange ich seit dem überlebt habe, dann scheine ich doch ein guter Schwimmer zu sein.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

B)

Ich würde gerne noch ein Thema ansprechen, von dem ich hoffe, daß es nicht kontrovers ist. Wenn ich mir am letzten Tage des plenaren Zusammenseins und auch ein bißchen in der Vorfreude auf eine hoffentlich ruhige Weihnachtspause, in der man sich dann richtig erholen kann, überlege, was in diesem Jahr der schwerste Tag oder die schwerste Stunde gewesen ist, dann muß ich sagen: Es war der Pfingsttag, vor dem Haus in Solingen, in dem fünf Menschen verbrannt sind. Mir geht das Bild nicht aus dem Sinn. Mir wird das Bild auch nicht aus dem Sinn gehen, wenn jetzt Weihnachtsstimmung aufkommt.

Ich gestehe, ich bin oft unsicher gewesen, wie ich mit den Hinterbliebenen in Solingen reden sollte. Aber ich habe mich sehr darum bemüht - gemeinsam mit Solingen -, daß wir in Solingen ein paar Akzente setzen, die das Miteinanderleben von Deutschen und Ausländern erleichtern. Ich habe dafür viel öffentliche Hilfe bekommen, für die ich noch einmal danken möchte.

(C)

Wenn ich mir die Wahlergebnisse vom vergangenen Sonntag ansehe, wenn ich mir ansehe, daß wieder Gruppen wählbar werden, denen Antisemitisches jedenfalls hinnehmbar erscheint, wenn ich mir dann vorstelle, daß wir wieder in eine Zeit kommen könnten, in der nach neuer Sicherheit verlangt wird, und das in einer nicht beschaulichen Situation, sondern in einer Situation, in der bei uns Konflikte aufbrechen - soziale Konflikte, Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern, Konflikte zwischen denen, die immer noch mehr bekommen, und denen, die sich nicht mehr nach der Decke strecken können, weil die Decke nicht mehr reicht -, dann glaube ich in der Tat mit dem, was bei Herrn Farthmann deutlich wurde und was einige dann aufgenommen haben, daß wir in einer völlig veränderten politischen Situation sind, auch gegenüber der Zeit, in der ich mein Amt übernommen habe.

Da frage ich mich: Was kann denn der Auftrag für das kommende Jahr sein? Und da bitte ich es nicht für sentimental zu halten, wenn ich sage, mit allen Fehlern und Schwächen, die ich habe und die ich nicht verberge - wenn ich es versuchte, würden Sie sie ja entdecken -: Ich halte das Motto "Versöhnen statt Spalten" nach wie vor und für die Zukunft für eine ganz entscheidende Grundmelodie, die wir brauchen werden.

(D)

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der F.D.P.)

Es kann sein, daß wieder eine Zeit kommt, in der man hier und anderswo wieder die scharfkantigen Leute braucht. Zu denen werde ich nicht mehr gehören. Das ist vorbei. Meine Lebensgeschichte ist anders gewesen. Aber diesen Beitrag zur Versöhnung zu leisten, und das als ein Programm für ein Wahljahr mit 19 Wahlen, in denen es immer wieder den Versuch geben wird, nicht den Wettbewerb der Entwürfe gegeneinander zu stellen, sondern den Gegner als Person herabzuwürdigen, halte ich für einen wichtigen Beitrag.

Diesen Beitrag möchte ich gerne leisten im Amt, mit dem Amt, mit den Möglichkeiten des Amtes, ohne das Amt zu mißbrauchen und, wie ich zugebe, auch ein bißchen in der Freude darauf, daß möglicherweise

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A)

ein anderes Amt noch mehr solcher Chancen eröffnen möchte und könnte. Wenn das gelingt, wäre es schön. Wenn es nicht gelingt, machen wir hier unsere Arbeit, zu der wir berufen und gewählt sind, weiter. Das ist unser Auftrag, den uns nur der Wähler wieder abnehmen kann. Wir können uns aber auch neu um ihn bemühen. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Versöhnen statt Spalten" ist ein wertvolles Motto. Es ist noch wertvoller, wenn es in die Tat umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Es beinhaltet, Herr Ministerpräsident, einen Teil der politischen Wirklichkeit und Wahrheit, zu der wir alle aufgerufen worden sind und zu der wir uns alle verpflichtet fühlen. Aber sicherlich umfaßt dieses Motto nicht die ganze politische Wahrheit,

(B)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein!)

sondern es gehört vor allem das dazu, was ich ange mahnt hatte, nämlich Führungsstärke, und es gehört dazu, sich auch einmal ein Stück nach vorn zu wagen, um die Richtung anzugeben, damit nicht ein Land zurückfällt, so wie Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren zurückgefallen ist.

(Beifall bei der CDU)

Zum "Versöhnen statt Spalten" gehört auch das Umsetzen, so hatte ich begonnen. Herr Ministerpräsident, wenn ich heute lese, was zur Pflegeversicherung aus Ihrem Kabinett kommt,

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das ist schlimm!)

dann frage ich mich, ob es vielleicht nur eine Deklamation nach draußen ist und ob Sie nicht dann, wenn

Sie sich das so zu eigen machen, auch Ihre Kabinettskollegen oder auch Ihren Bundesvorsitzenden Scharping auffordern müssen, bestimmte Dinge zurückzunehmen, weil sie mit der politischen Kultur, die Sie einfordern, nicht zu vereinbaren sind.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich heute in einer Pressemitteilung des Ministers Müntefering zur Pflegeversicherung, die Sie gern durchgesetzt hätten und die Sie hier als dringend dargestellt haben, für die Sie aber offensichtlich die Blockade Ihres Kabinetts angekündigt haben, so ich das alles richtig verstanden habe, lese, da werde mal wieder abkassiert, das alles sei eine ungenierte Frechheit, und

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Ist es auch!)

wenn ich von Herrn Scharping lese - ich darf das noch einmal zitieren -, daß er unserem Kandidaten Heitmann "intellektuell bescheiden und politisch ausgelaugt" entgegengeschleudert hat,

(Abgeordneter Nagel [CDU]: Pfui!)

dann vermisse ich hier Ihre Einwände, Herr Ministerpräsident.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Nur dann können Sie diesen Anspruch auch wirklich für sich reklamieren.

Ich teile all die Aussagen, die Sie an Besinnlichem auch zu den wesentlichen Ereignissen des letzten Jahres gemacht haben. Für mich ist es so, daß außenpolitisch das, was in Moskau passiert ist, und innenpolitisch das, was in Solingen passiert ist, die herausragenden Ereignisse dieses Jahres waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat davon gesprochen, als der Zwischenruf kam, wie es beim NATO-Doppelbeschluß gewesen sei, er habe sich mit der Entscheidung von Willy Brandt, die auch seine Entscheidung war, nämlich gegen den NATO-Doppelbeschluß, der sich im nachhinein als das Vehikel gezeigt hat, um den gesamten Ostblock zum Zusammenbruch zu bringen, um den

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

Kommunismus niederzuringen, um die Freiheit der Menschen wiederherzustellen,

(Beifall bei der CDU)

in guter Gesellschaft befunden. Ich schätze Willy Brandt sehr, so wie Sie sicherlich auch. Aber war denn die Gesellschaft von Helmut Schmidt keine gute Gesellschaft, in der wir uns befunden haben?

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Berger [SPD]: Was soll das eigentlich?)

Sie haben zu Salzgitter etwas gesagt und zugegeben, es könne falsch gewesen sein. Wir als CDU haben dafür gerungen. Dabei war es egal, ob es 10, 12 oder 50 Fälle waren, in denen Unrecht geschehen und bei denen Unrecht notiert wurde. Entscheidend war vielmehr das Signal in die DDR hinein, daß wir die Freiheit und das Recht bewahren wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sicherlich ist mit dem NATO-Doppelbeschluß und mit einer Institution wie Salzgitter der tiefe Dissens, der uns jahrelang begleitet hat, verbunden. Sie haben nämlich gesagt, Friede sei der oberste Wert, und wir haben immer gesagt: Friede und Freiheit gehören unverbrüchlich zusammen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das war unsere Maxime, weil nach unserer Meinung der Friede nur dort gedeihen kann, wo Freiheit wirklich vorhanden ist und Recht regiert.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das war anders: Ohne Friede ist alles andere nichts!)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben bezweifelt, daß ich richtig gerechnet habe, ob die Broschüre nun 1,69 DM oder 100 DM kostet. Sie nehmen die Druckkosten; ich nehme die gesamten Kosten, die wir natürlich stramm aus dem Haushalt abgelesen haben. Sie können es gern noch einmal nachprüfen lassen; wir haben das alles getan; denn bevor ich hier solche Äußerungen mache, werde ich mir das immer schön anschauen, da ich mich von Ihnen nicht so leicht der

(C)

Nicht-Wahrheitstreue überführen lassen möchte. Das stimmt so, wie ich es gesagt habe.

Sie haben ausgeführt: "Trau keinem Zitat, das du nicht selbst aus dem Zusammenhang gerissen hast" und haben kein Wort zu den Zitaten gebracht, die ich hier vorgetragen habe. Sie haben sie nicht dementiert.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Zitat, Weizsäcker sei eine immerwährende Neujahrsansprache, doch einmal mit Erlaubnis des Präsidenten vorlesen. Wenn Sie behaupten, das sei nicht von Ihnen, dann bitte ich darum, daß Sie Helmut Böger von "Bild am Sonntag" vom 5. April 1992 dementieren, der dies als wörtliches Zitat gebracht hat:

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Der Predigersohn aus Wuppertal weiß, wie man Pointen setzt. Ob er über den Bundespräsidenten von Weizsäcker spottet, der eine immerwährende Neujahrsansprache sei, die Lederjacke seines Genossen Schröder als rasierten Nerz beschreibt oder simpel einen Witz erzählt - Johannes Rau hat den höchsten Unterhaltungswert aller deutschen Politiker.

(Minister Schwier: Letzteres stimmt!)

(D)

Herrsche durch Scherze! Wäre Rau Propagandist auf einer Kaffeefahrt, er könnte einem Vegetarier mühelos einen Fleischwolf andrehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

So weit das Zitat, und wenn es nicht stimmen sollte, dann wäre ich dankbar, wenn Sie es auch wirklich offen dementierten.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Unter Niveau! - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich würde gern ein paar Bemerkungen auch zu Herrn Farthmann machen, weil er meines Erachtens sehr nachdenklich begonnen hatte. Ich hatte in dem gleichen Stil meine Rede im vorigen Jahr gehalten, Herr Farthmann,

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das hätten Sie vorher tun sollen!)

und hatte darauf aufmerksam gemacht, daß wir an einer Zeitenwende stehen und daß wir wirklich zu anderen Mitteln der Politik greifen müssen. Nur, das haben wir das ganze Jahr versucht.

(Widerspruch bei der SPD)

Die Rede, die Sie heute gehalten haben, Herr Farthmann - dafür kenne ich Sie auch zu gut -, entspricht Ihrer persönlichen Meinung; aber es gelingt Ihnen nicht, dies in der SPD-Fraktion zur Mehrheit zu machen, und das ist das Betrübliche an der ganzen Angelegenheit!

(Beifall bei der CDU)

Herr Farthmann, wenn der Haushalt 1994 mit einer Nettoneuverschuldung von 7,2 Milliarden DM abschließt - 4,9 Milliarden im Jahre 1993, 7,2 Milliarden im neuen Jahr, also eine Steigerung von 2,3 Milliarden DM -, dann frage ich Sie, wie das mit Ihren Appellen hinsichtlich der finanzpolitischen Solidität zu verbinden ist.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Wir haben diese Vorschläge der Kürzung gemacht, und wir haben uns lange darüber unterhalten, ob zum Beispiel die 1,3 Milliarden DM Steuerausfall über weitere Schulden finanziert werden müßten oder nicht. Wir haben gesagt: Dafür können wir auch keine neue Deckung anbieten. Aber die erste Milliarde, die Sie als Nettoneuverschuldung direkt im Haushaltsentwurf gebracht haben, ist entbehrlich!

Es nutzt auch nichts, über Wohnungsbaumisere in diesem Land zu klagen, wenn Sie nicht zu anderen Instrumenten als bisher greifen. Lesen Sie doch einmal bei Herrn Zöpel nach, der sicherlich nicht immer vorbildlich ist, der aber klar sagt: Es gibt nicht mehr Geld, also müssen wir uns etwas Neues einfallen lassen.

Wir haben Ihnen den Vorschlag mit der WestLB gemacht: Verkauft 18 % - dann haben wir die Sperrminorität -, und baut dafür 25 000 neue Sozialwoh-

nungen. Das wäre Politik in schwieriger Zeit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Aber dazu sind Sie offensichtlich nicht in der Lage.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Zöpel hat ganz andere Vorschläge gemacht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Farthmann hat davon gesprochen, daß die Menschen das Taktieren und Finassieren in der Politik satt sind. Das trifft zu! Nur, ich kann mich mit solchem Instrument auch totschiessen lassen, meine Damen und Herren, nämlich dann, wenn ich Ruhe als Vorsitzender der Regierungsfraktion haben will und nicht möchte, daß die Opposition tatsächlich einmal vorträgt, was denn im letzten Jahr hier allein an Skandalösem vorgefallen ist. Daran werden Sie uns nicht hindern, und das werden wir immer wieder vortragen; denn wir pflegen hier nicht die Soße der Harmonie über alles zu gießen,

(Beifall bei der CDU)

sondern wir müssen schon klar sagen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

daß die Landesregierung dieses schöne Land Nordrhein-Westfalen von der Spitze aller Bundesländer mittlerweile auf einen durchschnittlichen Mittelplatz heruntergebracht hat. Das hat dieses Land nicht verdient, das haben die Arbeitnehmer in diesem Lande nicht verdient, und das hat etwas mit Führung zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluß noch eine Bemerkung hinsichtlich der Zitate, die ich von Achim Rohde und von Möllemann gebracht habe. Sie alle sind korrekt. Der verehrte Kollege Rohde hatte nur die erste Seite seiner "Halbzeitbilanz" gelesen, wo er dann zitiert hatte:

Diejenigen, die als Realisten auf drohende Gefahren hinweisen, sind für unser Land wichtiger

(C)

(D)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

als Schönfärber und Schönredner, die wir im Lande so häufig finden.

Er hat vergessen, die zweite Seite aufzuschlagen; dort steht:

Die Zeit der bisherigen Schönfärberei, in der Johannes Rau ein Meister war und die SPD-Fraktion ihm unkritisch, aber gläubig in der Gewißheit von Mehrheiten folgte, ist vorbei.

So steht es geschrieben, und so ist es auch wahr, wie ich es hier vorgetragen habe.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann man sagen: Die F.D.P. möchte nicht mehr daran erinnert werden. Sie hat die Meinung über Johannes Rau inzwischen geändert und ist nun der Meinung, er sei als Bundespräsident besonders geeignet. Wir sind anderer Meinung! Ich glaube, daß die F.D.P. auch gar nicht der Meinung ist;

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(B) denn sie muß ja 1995 noch einen Wahlkampf führen, muß irgendwo auch einmal klarmachen, daß sie mit dem Ministerpräsidenten nicht zufrieden ist, und muß dann erklären, warum sie ihn als Bundespräsidenten für besonders geeignet gehalten hat. Das wird Harakiri, sage ich Ihnen! Denn Sie müssen sagen: Sein Stil, von dem er nicht lassen will,

(Abgeordneter Kuschke [SPD]: Sie und Stil, Herr Kollege!)

den er hier noch einmal vorgeführt hat, ist vielleicht für die Bundespräsidentschaft eher geeignet als zur Führung eines so großen, wirtschaftsstarken Landes.

Ich glaube allerdings etwas anderes. Ich glaube, daß die F.D.P. gesagt hat: Wir sehen ihn weiterhin als schwachen Ministerpräsidenten an; aber wir möchten ihn wegloben. Denn natürlich gilt, daß die SPD, die im Moment mit Johannes Rau bei ca. 43 % Zustimmung der Bevölkerung liegt, ohne Johannes Rau sofort auf 38 oder 37 % zurückfällt.

(Lachen bei der SPD)

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Linssen, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Rohde zulassen?

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Nein, ich möchte eben den Gedanken zu Ende führen, aber sofort danach!

In dieser Situation haben Sie gedacht: wegloben ist besser! Nur, dazu sage ich Ihnen: An solchen taktischen Spielchen beteiligt sich die CDU-Landtagsfraktion nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine Meinung zu diesem Kandidaten, und wir bleiben dabei: Wir halten ihn sowohl als Ministerpräsidenten als auch als Bundespräsidenten für ungeeignet. - Herr Kollege Rohde!

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Darf ich Sie fragen, Herr Kollege Linssen, ob die CDU denn überhaupt einen Kandidaten zum Bundespräsidenten hat.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und SPD)

(D)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Rohde, es war ja die SPD, die offensichtlich, weil sie keinen Wahlkampf für Johannes Rau führt bzw. er selber keinen Wahlkampf führen läßt, die Tatsache des Rückzugs von Herrn Heitmann genutzt hat, um schnell eine Forsa-Umfrage auf den Markt zu bringen, wieviel Zustimmung es denn für Johannes Rau gebe. Wohlgedenkt: Es war kein Kandidat der CDU mehr auf dem Tableau. Solche Umfragen sind natürlich totaler Unsinn, völliger Irrsinn!

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Ein toller Konkurrent! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

- Sie können ganz beruhigt sein, Herr Kollege Rohde: Der Fehler, der in der politischen Diskussion gemacht wurde, war der, daß Johannes Rau sich auf dem

(Dr. Linssen [CDU])

(A)

Parteitag der SPD von Helmut Schmidt hat benennen lassen; und dann, als Herr Farthmann verkündete, er werde nie Bundespräsident, weil die CDU, so wörtlich, "nicht so bescheuert" sei, mit ihrer Mehrheit einen Johannes Rau zu wählen, hat er sich ganz schnell gemeldet.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

Wie Sie alle wissen, war das gegen alle Absprachen. Vielmehr wollten wir Ende dieses Jahres - etwa zu dieser weihnachtlichen Zeit - über die Bundespräsidentenschaft sprechen.

(Lachen und Heiterkeit bei SPD und F.D.P.)

- Herr Kollege Rohde, deswegen wird es wohl nicht mehr passieren, daß man so etwas mit Schnellschüssen aus der Hüfte macht. Ich denke, daß die Koalition einen gemeinsamen Kandidaten bestimmt, und das zur rechten Zeit. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, möchte noch jemand sprechen?

(B)

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Danach nicht mehr. Vielen Dank, Herr Präsident! - Heiterkeit)

- Die Frage war angesichts der vielen Bemerkungen aus dem Saal nicht so ganz abwegig.

Dann darf ich hiermit die Beratung schließen.

Wir kommen jetzt zu einer ganzen Reihe von Abstimmungen. Es ist zunächst über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1994 abzustimmen. Wer dem Gesetzentwurf gemäß der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/6422 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung angenommen und verabschiedet.

Wir kommen zum Haushaltsgesetz 1994 als nächstem großen Komplex. Wir stimmen zunächst über den

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6496 ab. Stichwort: Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6496 abgelehnt.

(C)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan 1994. Wer der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/6420 folgen und den Gesetzentwurf über den Haushaltsplan 1994 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung angenommen und verabschiedet.

Wir wenden uns jetzt der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1993 bis 1997 zu. Entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/6421 bitte ich um Kenntnisnahme. - Dies stelle ich hiermit fest.

Wir kommen nun zu den Entschließungsanträgen, und zwar zunächst zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache 11/6329 (Neudruck): Überprüfung der Förderbestimmungen der geltenden Landesprogramme. Wer hierzu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist dieser Entschließungsantrag angenommen.

(D)

Ich komme zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6471. Stichwort: Unterrichten statt verwalten - Ungerechtigkeiten im Schulbereich abbauen. Wer diesem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/6472. Stichwort: Arbeitslosen-Zentren weiterentwickeln - Beratung von

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A)

Langzeitarbeitslosen verbessern. Hierzu hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechend § 52 unserer Geschäftsordnung Einzelabstimmung beantragt, und zwar zunächst über die Ziffern I und III sowie anschließend über die Ziffer II.

Ich lasse zunächst über die Ziffern I und III abstimmen. Dabei geht es darum, die Arbeitslosen-Zentren weiterzuentwickeln. Wer hierzu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag in diesem Teil angenommen worden.

Ich rufe Ziffer II, die die Beratung von Langzeitarbeitslosen betrifft, zur Abstimmung auf. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag auch in diesem Teil angenommen worden.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über diesen Entschließungsantrag. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag in seiner Gesamtheit angenommen worden.

(B)

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/6473 auf: Krankenhauspolitik für Nordrhein-Westfalen. Wer zustimmen möchte, hebe bitte die Hand. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion angenommen worden.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6490: Stärkung der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6495 auf. Stichwort: Entlastung der Kommunen durch die Pflegeversicherung ab 1994. - Hierzu hat die CDU namentliche Abstimmung gemäß § 54 unserer Geschäftsordnung beantragt.

(Allgemeine Unruhe)

- Das ist zulässig. Ich bitte Frau Kollegin Hüls und Herrn Kollegen Stevens, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Bitte schön!

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, hat jemand noch nicht seine Stimme abgegeben? - Dann schließe ich hiermit die Abstimmung und bitte auszuzählen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen das Ergebnis der Abstimmung mit. Das Abstimmungsergebnis*) lautet: Für den Antrag stimmten 88 Abgeordnete, gegen den Antrag stimmten 129 Abgeordnete, es gab drei Stimmenthaltungen.

Damit ist der Entschließungsantrag der CDU Drucksache 11/6495 abgelehnt worden.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6497 auf, Stichwort: Umwelt-Abgaben für Nordrhein-Westfalen. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/6498 auf, Stichwort: 10 Jahre Landesprogramm "Sozialverträgliche Technikgestaltung". Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir haben über die Entschließungsanträge abgestimmt. Das bedeutet, daß die Haushaltsberatungen zum Haushalt 1994 beendet sind und damit auch der Tagesordnungspunkt 1 seine Erledigung gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

*) siehe auch Anlage

(C)

(D)